

Mythen und Fakten

Ulrich W. Sahn

Vorbemerkung

Diese Materialsammlung soll als kompaktes Nachschlagewerk für Lehrer und Schüler dienen und Antworten sowie Analysen zu gängigen Fragen, Behauptungen, Vorurteilen, Klischees und Formeln liefern, die uns in den Medien und im allgemeinen Diskurs begegnen. Dabei geht es um Juden und Antisemitismus, um Israel und Antizionismus, den Nahostkonflikt und einiges mehr, das Teil dieser komplexen Thematik ist. Die Inhalte sind mit Emotionen, falschen Vorstellungen und uralten Vorurteilen belegt. Der Nahe Osten ist im weitesten Sinne ein akutes Konfliktfeld, auf dem Religionen und Kulturen aufeinanderstoßen, mörderische Kriege geführt werden und Weltpolitik geschieht. Vor allem aber wird in diesem Konflikt die gefährlichste, perfideste und zugleich tödlichste Massenvernichtungswaffe eingesetzt, die der Mensch erfunden hat. Sie bestrahlt und verseucht jeden Einzelnen von uns, ohne dass wir es bemerken.

Diese mörderische Waffe heißt Propaganda. Alle Staaten – auch demokratische – führen bei ihren Geheimdiensten Abteilungen für „Desinformation“. Ihre Aufgabe ist es, Informationen in die Öffentlichkeit zu bringen, die schlichtweg falsch sind, aber den eigenen politischen Interessen dienen. Der frühere Caritas-Präsident Österreichs, der konvertierte Jude Leopold Ungar, prägte den Satz: „Meist ist man näher an der Wahrheit, wenn man das Gegenteil von dem für richtig hält, was gerade Mainstream ist!“

Die Kernkraft der Propaganda ist oft eine Ideologie, eine politische Vorstellung oder Meinung, die gut vermischt mit Lügen, falschen Informationen und bösen Absichten zu Krieg, Massakern und sogar zu Völkermord führen kann.

Das extreme Beispiel dafür ist der Zweite Weltkrieg, der über 50 Millionen Menschen das Leben kostete und Europa sowie viele Regionen der restlichen Welt zerstört hat. Der Zweite Weltkrieg begann mit einer Propagandaaktion. Unter dem Tarnnamen „Unternehmen Tannenberg“ überfiel die SS (Schutzstaffel, militärische Sondereinheit der Hitler-Partei) am 31. August 1939 den deutschen Radiosender Gleiwitz, in der Absicht, einen polnischen Anschlag auf den Sender vorzutäuschen. Der Überfall diente als propagandistischer Vorwand für den Krieg gegen Polen und markierte den Beginn des Zweiten Weltkrieges.

Für dieses Nachschlagewerk, das keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, haben wir weitverbreitete Klischees, falsche, propagandistische oder aus Unwissenheit missverständlich verwendete Begriffe und Vorstellungen ausgewählt, die wir möglichst wertfrei zu erklären und/oder zu widerlegen sowie in einigen Fällen mit Vergleichen aus dem bekannteren europäischen Raum zu demaskieren versuchen. Typisch für Propaganda ist die Verwendung von belasteten Worten, die negative oder positive Emotionen wecken sollen. So ist der „Terrorist“ des einen der „Freiheitsheld“ oder „Widerstandskämpfer“ des anderen und wird dann von den vermeintlich neutralen Medien als „Aktivist“ bezeichnet, als handle es sich um einen harmlosen Vertreter der Zeugen Jehovas.

Im Rahmen des bisher schlimmsten Völkermordes der Menschheitsgeschichte wurden sechs Millionen Juden und zusätzlich polnische Intellektuelle, russische Kriegsgefangene, Sinti und Roma, körperlich und geistig Behinderte, Homosexuelle und

Regimegegner umgebracht. Alle Versuche, dafür eine logische Erklärung zu finden, sind bisher gescheitert.

Natürlich gab es viele vermeintliche „Gründe“ für Hass auf Juden, darunter Neid auf einige wenige besonders reiche oder wirtschaftlich erfolgreiche Juden, Fremdenhass sowie zahllose Vorurteile, die 2.000 Jahre lang von der christlichen Kirche geschürt worden waren. Und schließlich gab es die in der Aufklärung entwickelte Vorstellung einer „jüdischen Rasse“, wobei die Sprachfamilien als Grundlage dienten. So wurden die Juden als „Semiten“ definiert, weil sie Hebräisch als Gebetsprache verwendeten. Eine Theorie, die jeglicher Logik entbehrt. Denn Ägypter werden heute als „Araber“ und somit auch als „Semiten“ bezeichnet. Ägypten wurde jedoch erst im 6. Jahrhundert von den Arabern erobert. Bis dahin wurden in Ägypten nicht-semitische Sprachen gesprochen, darunter auch Griechisch.

Indem die Propaganda der Nazis Juden zur „minderwertigen Rasse“ erklärte und sie als „Ungeziefer“ verachtete, das „ausgerottet“ werden müsse, war der Weg zu den Gaskammern von Auschwitz am Ende nur noch ein kleiner Schritt. „Unlogisch“ war der industrielle Mord an sechs Millionen Kindern, Frauen, Männern und Greisen nicht nur aus moralischen Gründen.

Außer dem irrationalen ideologischen Bestreben, sich der Juden entledigen zu wollen, Deutschland, Europa und in letzter Konsequenz die ganze Welt „judenrein“ zu machen, hat der Holocaust Deutschland in jeder Hinsicht geschadet: moralisch, politisch, wirtschaftlich, kulturell, menschlich und vor allem als „Kulturnation“. Bis heute haben sich Deutschland und letztlich die Welt nicht von diesem ungeheuerlichen Verbrechen der Nazis erholt. Führende jüdische Wissenschaftler wurden aus „rassistischen“ Gründen entlassen und flüchteten ins Exil, darunter der Nobelpreisträger Albert Einstein. Aber auch bekannte Schriftsteller, Filmemacher, Musiker, Philosophen und bildende Künstler wie Thomas Mann, Bertolt Brecht, Kurt Tucholsky, Max Ophüls, Billy Wilder, Fritz Lang, Kurt Weill, Hanns Eisler, Friedrich Hollaender, Theodor W. Adorno, Hannah Arendt, Max Beckmann und Paul Klee, um nur einige wenige zu nennen, mussten Deutschland verlassen. Selbst eine ganz tief im Menschen immanente Zerstörungswut liefert keine einleuchtende Erklärung für die Bereitschaft, am Ende sogar selber unterzugehen, wie es Hitlers „Vision“ für den Fall der „End-Niederlage“ von NS-Deutschland war.

Fester Glaube an ein Ziel, politische Ideologien und Religionen können Berge versetzen, zum Guten wie zum Schlechten. Denn auch positive Werte wie Nächstenliebe oder unsere heutige Vorstellung von Menschenrechten sind keine Selbstverständlichkeit, sondern das Produkt einer langen Geschichte von Ideologien, Religionen und dem Ringen um ethische Werte.

Ein beliebter Propagandatrick ist es, Halbwahrheiten in unzutreffende Zusammenhänge zu stellen und so Meinungen zu manipulieren. Nicht zufällig gilt „die Halbwahrheit als die Mutter aller Vorurteile“! Wer heute den Spruch „Nie wieder!“ beherzigt hat, sollte nicht nur daran denken, nie wieder einen Holocaust an Juden in Deutschland zuzulassen. „Nie wieder“ sollte Lehrer dazu animieren, Fremdenhass, mörderische Ideologien, feindselige Propaganda, aber auch gedankenlose, menschenverachtende Äußerungen zu hinterfragen

Mythen und Fakten

und zu unterbinden. Schüler sollen lernen, Klischees und Vorurteile zu erkennen, diesen mit skeptischem Interesse zu begegnen und anhand von Fakten zu überprüfen und zu werten.

Kollektiv-Verantwortung?

Im Zusammenhang mit der Vernichtung der Juden durch Deutsche, Europäer und ihre Verbündeten wird oft der Begriff der „Kollektivschuld“ verwendet. Eine „Kollektivschuld“ gibt es nicht, schon gar nicht der Nachkommen der Täter oder ihrer Zeitgenossen. Wohl aber gibt es für alle Menschen eine kollektive VerANTWORTung. Damit ist unsere Verpflichtung gemeint, Antworten auf die Frage zu suchen, wie die Katastrophe der Judenvernichtung möglich war. Wir werden diese Antworten vermutlich nicht finden. Doch allein die Suche nach ihr wird uns sensibel machen für die Zeichen, dass und wie ähnliches – unter anderen Vorzeichen – wieder geschehen könnte. Als Leitmotiv könnte die aus dem biblischen Gebot der Nächstenliebe entwickelte Goldene Regel dienen: „Was du nicht willst, dass man dir tu“, das füg' auch keinem anderen zu.“

Wer kämpft dort eigentlich gegen wen?

Im Nahen Osten kämpft jeder gegen jeden. Während man sich im Rahmen des „Arabischen Frühlings“ in der arabischen Welt gerade gegenseitig zerfleischt, eint fast alle Beteiligten der Kampf gegen Israel. Arabische Staaten wie Syrien, Irak oder Libyen sind künstliche Staaten, deren Linealgrenzen auf den Landkarten von Briten und Franzosen in den zwanziger Jahren gezogen worden sind. So wurden Völker und verfeindete Religionsgemeinschaften wie Kurden, Christen, Kopten, Berber, Schiiten und Sunniten in nationale Staaten eingebunden, ohne jedes Zusammengehörigkeitsgefühl und ohne Verständnis für die europäische Idee von Nationalstaaten. Die bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse in Irak, Ägypten, Libyen und Syrien bezeugen heute, dass diese Gruppierungen sich äußerst schwer tun, in ihren jeweiligen Staaten zusammenzuleben.

Israel wird als „jüdischer“ Staat in dieser überwiegend islamischen Region als Fremdkörper betrachtet. Bei genauem Hinsehen stellt sich jedoch heraus, dass die Gründe für Streit oder gar Krieg ganz unterschiedlich sind. Es ist keineswegs nur ein „Zusammenstoß der Kulturen“ oder gar ein Religionskrieg, wie oft behauptet wird. Es gibt territoriale Konflikte, bei denen eine Gruppe der anderen das Land, das Wasser oder den wirtschaftlichen Einfluss streitig macht. Es gibt kulturelle Differenzen, etwa bei der Kleidungsfrage, wenn eine Gruppe der anderen die Verschleierung von Frauen aufzwingt. Manchmal ist es auch blinder Hass, der zu Mord und Totschlag führt, motiviert durch alte religiöse Glaubensregeln oder durch falsch verstandene moderne Ideologien. Und oft kommen gleich mehrere Gründe zusammen, was es so vertrackt macht, einen „Frieden“ zu definieren, geschweige denn zu schließen. Denn die verschiedenen Völker haben ganz unterschiedliche Vorstellungen von Frieden und nicht wenige glauben, dass es erst dann Frieden gäbe, wenn der Feind tot oder verschwunden ist.

Israel, Palästina, Westbank, Gaza?

Was ist das alles? „Palästina“ ist ein geografischer Begriff für das Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer, identisch mit dem biblischen „Land Israel“ oder „Eretz Israel“ (auf Hebräisch).

Bis in die zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde auch das gesamte Gebiet des heutigen Königreiches Jordanien zu „Palästina“ dazugerechnet. Der Name „Palästina“ wurde den jüdischen Provinzen Galiläa, Samaria und Judäa durch Kaiser Hadrian nach der Niederschlagung des jüdischen Aufstands unter Bar Kochbar 135 n. Chr. verliehen. Mit dieser Maßnahme wollte Hadrian jede Erinnerung an das Land als „jüdisches Land“ tilgen.

Das ist eine bis heute übliche Methode, Geschichte vergessen zu machen. Deshalb bestehen die Polen darauf, Danzig – so der deutsche Name – Gdansk zu nennen und Leningrad wurde wieder in St. Petersburg umbenannt. Das nunmehr „Palästina“ genannte „Land Israel“ grenzt an Libanon, Syrien und Ägypten und wurde 400 Jahre lang von den Osmanen beherrscht, die es ihrer Provinz Syrien eingegliedert hatten. In diesem von den Briten 1917 von den Osmanen eroberten und verwalteten Gebiet entstand 1948 der Staat Israel. Die Ägypter hatten 1948 den Gazastreifen und Jordanien die „Westbank“ (auch Westjordanland genannt) besetzt. Beide Gebiete – ab 1967 von Israel als Folge des Sechstagekrieges unter israelischer „Besatzung“ – werden heute von den Palästinensern für ihren künftigen Staat „Palästina“ beansprucht.

Jordanien hat den von ihm eroberten Teil des Mandatsgebietes – die Westbank – nie völkerrechtlich verbindlich und von anderen Staaten anerkannt in sein Staatsgebiet eingegliedert. Nach völkerrechtlichen Kriterien ist demnach Israel in diesen Gebieten keine Besatzungsmacht, da einzig Gebiete, die zuvor einem anderen Staat gehörten, besetzt werden können. Eine direkte Folge des Sechstagekrieges war die Entstehung eines palästinensischen Nationalismus. Denn in der ersten Version der PLO-Charta von 1964 verzichteten die Palästinenser auf Souveränitätsansprüche in den heute so bezeichneten „Palästinensergebieten“, also dem von Jordanien und Ägypten besetzten Westjordanland und Gazastreifen. Sie deklarierten sich als Teil der arabischen Nation. Erst 1968, in der überarbeiteten und bis heute gültigen Fassung, streben die Palästinenser ihre bekannten nationalen Ziele an.

Hätte Israel sofort nach dem Krieg alle besetzten Gebiete inklusive des Westjordanlandes abgestoßen und an Jordanien „zurückgegeben“, wäre die palästinensische Nationalbewegung eine rein inner-arabische Angelegenheit geblieben und bestenfalls ein Hebel, den Staat Israel zu zerstören, wie es Ägypten mit der Gründung der PLO in Kairo 1964 beabsichtigte.

Wem gehört das Land?

Das Land wurde von zahllosen Völkern erobert, darunter von den Persern, Ägyptern, Römern, europäischen Kreuzfahrern, die die Heiligen Stätten des Christentums von den Mohammedanern „befreien“ wollten, türkischen Osmanen und Briten. In dem Land lebten Israeliten, Philister, Kanaanäer, Jebusiter, Hethiter, Juden, christliche Byzantiner, ägyptische Mameluken, türkische Osmanen und Araber.

Es gab ein Königreich unter David und Salomo, eine römische Provinz, ein Königreich der Kreuzfahrer und das osmanische Vilayet (Provinz) Südsyrien. Heute wird es von Juden und arabischen Palästinensern beansprucht. Ein Teil des Gebietes „gehört“ heute dem Staat Israel, während Westbank und Gaza politisch noch keinem Staat zugerechnet werden können, da noch kein Vertrag zwischen Israel und den Palästinensern über die Errichtung eines

Mythen und Fakten

weiteren Staates mitsamt ausgehandelten Grenzen geschlossen worden ist. Die Palästinenser behaupten oft, dass Juden ihnen das Land „geraubt“ hätten. Abgesehen davon, dass lange vor der Staatsgründung Israels viel Land legal von jüdischen Investoren zu marktüblichen Preisen erworben und (volks)wirtschaftlich (das heißt, im Interesse der Bevölkerung) genutzt wurde, befindet sich der größte Teil des im Staat Israel befindlichen Privatbesitzes in arabischer Hand. So ist es im Grundbuch, dem rechtsgültigen Besitzverzeichnis, eingetragen und wird vom Staat Israel nicht angefochten.

Man muss jedoch zwischen Privatbesitz und Land, das einem Staat zugehörig ist, unterscheiden. Der Staat Israel würde nie behaupten, das Gelände einer Synagoge oder eines jüdischen Friedhofes in der Schweiz „gehöre“ dem Staat Israel. Genauso wenig ist es möglich, dass die Palästinenser für ihren künftigen Staat Land einfordern, das in Israel liegt und Privateigentum von Arabern ist.

Literatur: Michael Wolffsohn. Wem gehört das Heilige Land? Piper Taschenbuch, München 2002.

Wer sind die Palästinenser?

Die jüdischen Provinzen Galiläa, Samaria und Judäa wurden von Kaiser Hadrian „Palästina“ genannt, weil dort einst das aus der Ägäis stammende Seevolk der Philister lebte (Palästina arabisch: Filistin). Die Philister sind schon in biblischer Zeit verschwunden, untergegangen oder wurden in andere Völker assimiliert, wie die Etrusker in Italien oder die Germanen in Deutschland. Die Menschen in diesem Gebiet (Palästina, Land Israel, Land Kanaan, Heiliges Land) wurden gemäß ihrer Zugehörigkeit als „Volk“ bezeichnet, darunter Juden, Araber, Armenier, Griechen und andere.

Erst 1968 taucht zum ersten Mal der Begriff „Palästinenser“ auf, in der von Jassir Arafat neu formulierten Charta der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Bis dahin war immer nur die Rede von „Arabern Palästinas“, etwa in UNO-Dokumenten. Die PLO ist gleichbedeutend mit einer palästinensischen Nationalbewegung, ähnlich wie der Zionismus die jüdische Nationalbewegung ist. Unter der Prämisse, nicht nur ein Volk zu sein, sondern eine moderne Nation mit dem Anspruch auf einen eigenen Staat, erhob die PLO Anspruch auf einen Staat in ganz „Palästina“, also anstelle Israels.

Ein Volk wird zur Nation, wenn es sich einen Namen gibt, sich konstituiert, konkrete Ansprüche formuliert und deren Verwirklichung betreibt. Die Schwaben, Franken, Bayern oder Sachsen betrachten sich vielleicht als Volksstämme mit eigenem Dialekt und eigener Kultur, aber nur die Deutschen insgesamt haben sich als Nation etabliert. Ein Verbund von Völkern in einem Staat kann auch auseinanderbrechen, wie die Beispiele Jugoslawien und Sowjetunion zeigten.

In Europa gibt es ethnische Gruppen, die sich als Völker, als Nationen verstehen und nach Unabhängigkeit streben, wie die Basken in Spanien oder die Korsen in Frankreich. Die heutigen Palästinenser betrachteten sich selber als „Araber“ und wurden auch als solche bezeichnet, als die UNO 1947 eine Aufteilung des Landes in einen „jüdischen“ und einen „arabischen“ Staat vorschlug, was die arabische Bevölkerung des britischen Mandatsgebiets (die heutigen Palästinenser) wie auch die arabischen Nachbarstaaten bekanntlich ablehnten.

Erst 1968 gaben sich die Araber im früheren britischen Mandatsgebiet „Palästina“ den Namen „Palästinenser“. Es sollte noch Jahre dauern, bis auch die restliche Welt diesen Begriff akzeptierte. So taucht der Begriff „Palästinenser“ in einer UNO-Resolution erst 1974 auf. Selbst Schweizer Nahostexperten wie Arnold Hottinger, die heute behaupten, das „Palästinenserproblem“ sei der Kern des Nahostkonflikts, hatten bis 1968 nur von einem „arabisch-israelischen“ Konflikt gesprochen. Der Begriff „Palästinenser“ war ihnen gänzlich unbekannt. 1977 sagte Zuheir Mohsen, ein führender Vertreter der PLO, in einem Interview mit dem Journalisten James Dorsey für die niederländische Zeitung „Trouw“:

„Ein palästinensisches Volk gibt es nicht. Die Schaffung eines palästinensischen Staates ist ein Mittel zur Fortsetzung unseres Kampfes gegen Israel und für die arabische Einheit. Da Golda Meir die Existenz eines palästinensischen Volkes leugnet, behaupte ich, dass es ein solches Volk gibt und dass es von den Jordanern zu unterscheiden ist. Doch in Wirklichkeit gibt es keinen Unterschied zwischen Jordanern und Palästinensern, Syrern und Libanesen. Wir alle gehören zum arabischen Volk.“

Nur aus politischen und taktischen Gründen sprechen wir von der Existenz einer palästinensischen Identität, da es im nationalen Interesse der Araber liegt, eine separate Existenz der Palästinenser dem Zionismus gegenüberzustellen. Aus taktischen Gründen kann Jordanien, das ein Staat mit festen Grenzen ist, keinen Anspruch auf Haifa und Jaffa erheben. Dagegen kann ich als Palästinenser sehr wohl Haifa, Jaffa, Beer Scheva und Jerusalem fordern. Doch sobald unsere Rechte auf das gesamte ‚Palästina‘ wieder hergestellt sind, dürfen wir die Vereinigung Jordaniens mit ‚Palästina‘ keinen Augenblick mehr verzögern.“

Seitdem sich die „Palästinenser“ diesen Namen gegeben haben, entwickelten sie im Rahmen ihres neu erfundenen Nationalbewusstseins historische Mythen, um zu beweisen, dass sie ältere und gültigere Anrechte auf das Land hätten als ihre Konkurrenten, die Juden. Jene führen ihre Ansprüche auf die Landesverheißung Gottes an Abraham, Moses, König David und auf Aussagen der Bibel insgesamt zurück. Die Palästinenser behaupten, direkte Nachfahren der (griechischen) Philister, der Jebusiter und der Kanaanäer sein, also längst untergegangener Völker aus biblischer Zeit. Sie behaupten, dass die „Juden“, das Volk Israel, unter Moses und Josua als „Eroberer“ in das Land eingefallen seien, um es zu besetzen. Als „Besitzer“ könnten „die Juden“ aber aus Sicht der Palästinenser – im Gegensatz zur „Urbevölkerung“, also ihren vermeintlichen Vorfahren – keine Ansprüche auf das Land stellen.

Um ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl (Nationalismus) zu erzeugen und eigene Ansprüche zu rechtfertigen, schrecken die Palästinenser nicht vor Geschichtsklitterung (Verfälschung der Geschichte) und widersprüchlichen Mythen zurück. So wird einerseits behauptet, dass es in Jerusalem niemals einen von König Salomo errichteten und von Herodes erweiterten jüdischen Tempel gegeben habe. Gleichzeitig wird König Salomo von den Palästinensern als Moslem bezeichnet, rund 1500 Jahre vor der Gründung des Islams durch den Propheten Mohammed. Diesen Vorgang nennt man heutzutage das „Entwickeln eines Narrativs“, einer spezifischen, für den eigenen Vorteil nutzbringend gefärbten „Erzählung“ oder Erzählweise. Zur Verteidigung der Palästinenser muss hier allerdings gesagt werden, dass auch andere Nationen Geschichtsklitterung betreiben, um eigene Mythen zu schaffen oder zu korrigieren, auch die Israelis.

Mythen und Fakten

Die palästinensische Propaganda wirft der ehemaligen israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir immer wieder vor, behauptet zu haben, dass es gar keine „Palästinenser“ gäbe (siehe obiges Interview mit Zuheir Mohsen). Das ist richtig und falsch zugleich. Denn formal gesehen gibt es die Palästinenser erst seit 1968. Seit diesem Zeitpunkt anerkennt auch Israel den Anspruch der Palästinenser, Volk und Nation mit diesem Namen zu sein, ähnlich wie die Briten einen vergleichbaren Anspruch der Juden auf ein Territorium anerkannten, das deckungsgleich mit dem jetzigen Israel, Westjordanland und Gazastreifen ist. Die Anerkennung der jüdischen Ansprüche geschah 1917 durch die „Balfour Deklaration“ und später durch die Konferenz von San Remo, den UNO-Teilungsplan von 1947 und die Aufnahme Israels als Vollmitglied in der UNO.

Und so wie die Palästinenser heute die internationale Anerkennung als Volk mit nationalen und territorialen Ansprüchen einfordern, sollte mit gleicher Logik, nach gleichem Prinzip und ohne Einschränkungen den Juden zugestanden werden, ein Volk, eine Nation, zu sein. Die Versuche, Israel zu delegitimieren oder sein Existenzrecht in Frage zu stellen, widerspricht Grundrechten, die für alle Völker der Welt, auch für die Palästinenser, eine Selbstverständlichkeit sind.

Sind alle Israelis Juden?

Unter den 7,5 Millionen Einwohnern Israels leben etwa 6 Millionen Juden. Hinzu kommen noch 1,5 Millionen Araber, Tscherkessen, Drusen, Bahais und nichtjüdische Angehörige weiterer Religions- und Volksgemeinschaften. Gleichwohl sind all diese Menschen israelische Staatsbürger mit gleichen Rechten. Aus historischen und religiösen Gründen sind manche Gruppen von der Pflicht des Militärdienstes entbunden: ultraorthodoxe Juden und Araber.

Doch wegen eines Urteils des Obersten Gerichts, das in Israel die Rolle eines Verfassungsgerichts hat, wurden die Gesetzgeber gezwungen, Gleichberechtigung für alle walten zu lassen, also auch orthodoxe Juden und Araber zum Militärdienst zu verpflichten. Alle sind jedenfalls „Israelis“. Alle sind wahlberechtigt und können sich in das Parlament wählen lassen. Es gibt vier ultraorthodoxe und drei arabische Parteien. Araber und Drusen, Christen wie Moslems waren oder sind Minister und dienen als Botschafter Israels.

Sind alle Araber Moslems?

Der Begriff „Araber“ benennt eine Volkszugehörigkeit. Die Angehörigen der Religion des Islam werden als „Moslems“ bezeichnet. Es gibt Moslems in vielen Ländern und unter vielen Völkern, darunter in Deutschland und Österreich. Türken, Indonesier, Afghanen oder Perser zum Beispiel sind keine Araber, aber zu einem hohen Prozentsatz Moslems. Unter den Arabern wiederum gibt es auch Christen und Angehörige anderer Religionen. Moslem kann ohne besondere Formalitäten jeder werden, der sich zum Islam bekennt, das Christentum steht jedem offen, der sich taufen lässt, ungeachtet seiner Volkszugehörigkeit. Jude ist man, wenn man von einer jüdischen Mutter geboren wurde. Der Übertritt zum Judentum ist unabhängig von der Volkszugehörigkeit jedem möglich, der eine sehr aufwendige Prüfung ablegt (Kenntnisse der hebräischen Sprache, der Bibel, der jüdischen Geschichte und Religionsgesetze). Dafür ist meist eine mehrjährige Vorbereitung nötig.

Gelegentlich wird der Begriff „arabische Juden“ oder „jüdische Araber“ verwendet. Er benennt unabhängig von der Volkszugehörigkeit jene 860.000 Juden, die aus den arabischen Staaten von Marokko bis Irak vertrieben wurden und mehrheitlich zwischen 1948 und 1951 nach Israel geflüchtet sind. Dieser Begriff ist falsch, denn „Jude“ ist genauso eine Volkszugehörigkeit wie Kurde, Armenier oder Araber. Der Begriff „jüdischer Araber“ sagt somit lediglich aus, dass diese Juden aus einem arabisch geprägten Land zugewandert sind.

Sind die Juden ein auserwähltes Volk?

Ja – und zwar in einer einzigen Hinsicht. Kein Historiker kann bestätigen, ob die Geschichten in der Bibel tatsächlich der historischen Wirklichkeit entsprechen. Doch dass es die Zehn Gebote gibt und dass diese über die Juden Allgemeingut der gesamten Menschheit geworden sind, ist eine unbestreitbare Tatsache. Gleiches gilt für die Sieben-Tage-Woche und den Ruhetag, was auf die biblische Schöpfungsgeschichte zurückgeht. Da macht es keinen Unterschied, ob diese Gesetze tatsächlich „von Gott gegeben worden sind“ oder ob sie die Schöpfung eines genialen menschlichen Geistes oder eines ebensolchen irdischen Kollektivs sind.

Einschränkend muss man allerdings erklären, dass das Judentum in seiner Entstehungszeit unter Abraham eine Art Stammesreligion war, wobei Abraham (und seine Nachkommen) mit „ihrem“ Gott einen Bund geschlossen haben. Intern, im Judentum, wird die „Erwählung“ nicht als Besserstellung gesehen, sondern eher als „Bürde“, sich vorbildlich zu verhalten und die Gottesgesetze auszuführen, während alle anderen Völker von dieser „Pflicht“ entbunden sind.

Der christliche „Neid“ führte in der christlichen Theologie zu dem Glauben, mit der Ankunft Jesu als Messias sei der Bund Gottes mit den Juden „aufgekündigt“ und an die „Ekklesia“, also an die christliche Kirche übergegangen. Das führte dazu, dass für das Christentum aus theologischen Gründen jeder Jude ein lebendiger „Beweis“ dafür war, dass der Bund Gottes mit den Juden offenbar weiterhin galt. Das ist einer der tiefen Gründe dafür, dass das Christentum seit Jahrhunderten damit beschäftigt ist, die Juden entweder zum Christentum zu konvertieren (zum Teil sogar zwangsweise) oder aber umzubringen. Diese christliche Lehre führte am Ende in gerader Linie zu der Theorie der Aufklärung, die Juden zu einer minderwertigen Rasse zu erklären, und am Ende unter den Nazis, sie endgültig auszurotten.

Wo genau liegen die „palästinensischen Gebiete“?

In Zeitungen und bei Politikern stößt man oft auf den Begriff „palästinensische Gebiete“. Gemeint sind der Gazastreifen und das Westjordanland, wobei Letzteres als geografischer Begriff oft auch Cis-Jordanien, also die Westbank (Westufer des Jordans) meint, oder – im Sprachgebrauch jüdischer Israelis – auch als Judäa und Samarien bezeichnet wird. Gemeint ist jenes Gebiet, das ab 1948 von Jordanien besetzt und später annektiert worden ist. Es liegt zwischen dem Jordanfluss und der damaligen Waffenstillstandslinie zwischen Jordanien und Israel.

Seit 1967 ist dieses Gebiet von Israel besetzt. Da die jordanische Annexion von fast keinem Land der Welt anerkannt worden ist und König Hussein 1988 formal auf dieses Gebiet verzichtet hat,

Mythen und Fakten

gehört es zu keinem Staat. Auch Israel hat sich dieses Gebiet (mit Ausnahme des erweiterten Stadtgebietes von Jerusalem) nicht einverleibt und annektiert, sondern kontrolliert es gemäß internationalem Recht mit einer „Militärverwaltung“. Offiziell wird es von Israel als „umstrittenes Gebiet“ bezeichnet.

Dieses nun als „palästinensisches Gebiet“ zu bezeichnen, entspricht einer einseitigen Parteiergreifung für palästinensische Ansprüche. Denn noch „gehören“ diese Gebiete nicht den Palästinensern, solange es kein entsprechendes Abkommen und keinen Staat Palästina gibt. Nichts einzuwenden wäre etwa gegen die Verwendung des Begriffes „palästinensische Gebiete“ allein für die seit den Osloer Verträgen 1993 unter palästinensische Selbstverwaltung gestellten Territorien, also die Städte im Westjordanland und der gesamte Gazastreifen.

Die Israelis bezeichnen dieses Gebiet gemäß den alten biblischen Namen „Judäa und Samarien“. Obgleich jeder Tourist selbstverständlich von „Galiläa“ oder dem „Golan“ spricht, beides ebenfalls biblische Provinznamen, stoßen sich die Palästinenser ausgerechnet an der Verwendung von „Judäa und Samarien“. Sie glauben, dass die Israelis dadurch Besitzansprüche anmelden. Doch Israelis sprechen auch von „Sch´chem“, wenn sie vom biblischen Sichem, dem modernen Nablus reden. Man darf sich fragen, ob die berühmten Königsberger Klopse politisch korrekt in Kaliningrader Klopse umbenannt werden sollten, weil doch das ostpreußische Königsberg jetzt zu Russland gehört. Und ginge es nach den Palästinensern, sollte wohl möglichst auch die Bibel umgeschrieben werden, denn Jerusalem heißt bei ihnen El-Kuds (die Heilige).

(Wie) kann es Frieden geben?

„Frieden“ ist ein diffuser Begriff – der „kleinste Nenner“ wäre, Frieden als die Abwesenheit von Gewalt zu definieren. In Europa gibt es seit dem Zweiten Weltkrieg keinen „Frieden“. Bis heute ist kein Friedensvertrag unterzeichnet worden. Nicht einmal Deutschland verfügt über einen Friedensvertrag mit den Gegnern aus dem Zweiten Weltkrieg – Amerikaner, Engländer und Franzosen besitzen militärische Stützpunkte in Deutschland und hielten bis spätestens 1990 das Land „besetzt“.

Selbstverständlich sind die Europäer davon überzeugt, dass das „friedliche Zusammenleben“ politisch ausreichend abgesichert ist und nennen als Argument das „Zwei-plus-Vier-Abkommen“, das 1990 in Moskau unterzeichnet worden war und die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten im Einvernehmen mit Russen, Amerikanern, Engländern und Franzosen regelt, sowie weitere Verträge.

Gleichwohl ist das Fehlen eines offiziellen „Friedens“ nicht nur Wortklauberei. Denn wenn die Europäer ihrerseits von Israelis und Palästinensern fordern, doch endlich einen Friedensvertrag auszuhandeln, so scheint dies doch wichtig zu sein, auch wenn phasenweise relativ „friedliche“ Zustände zwischen Israel und den Palästinensern im Westjordanland herrschen. In Nahost gibt es offiziellen „Frieden“ zwischen Israel, Jordanien und Ägypten.

Zwischen Israel und den im Gazastreifen ansässigen Palästinensern gibt es derzeit Streit und Gewalt. Doch „Krieg“ sollte man diese gefährliche Situation wiederum auch nicht nennen. Denn solange die Palästinenser keinen eigenen Staat haben und die

Israelis „Besitzer“ sind und das gesamte Gebiet offiziell kontrollieren, müsste man den Abschuss von Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel als „kriminellen Akt“ bezeichnen, während die israelische Reaktion darauf, etwa die Bombardierung von primär dem Schmuggel von Waffen dienenden Tunnels zwischen dem Gazastreifen und Ägypten durch die Israelis, eine „polizeiliche Maßnahme“ ist.

Natürlich klingt das absurd. Laut Bundeszentrale für politische Bildung ist „Krieg“ ein „organisierter, mit Waffen gewaltsam ausgetragener Konflikt zwischen Staaten“. Bürgerkrieg hingegen wird zwischen sozialen Gruppen der Bevölkerung „eines Staates“ ausgetragen. So ist klar, dass der Begriff „Krieg“ nicht auf die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern angewendet werden kann. Ich empfehle, alle im Nahostkonflikt verwendeten Begriffe genau unter die Lupe zu nehmen und zu überprüfen, ob sie auf die Verhältnisse in Europa übertragen verwendbar wären.

Die Israelis gelten als Besatzer der sogenannten „palästinensischen Gebiete“ – dies sogar im Gazastreifen, aus dem sich Israel 2005 völlig zurückgezogen hat. Zwischen Israel und Gaza wird geschossen, zwischen Israel und der Westbank herrscht Ruhe und man arbeitet zum beidseitigen Nutzen zusammen. Diesen Zustand könnte man „Frieden“ nennen, wenn auch kein Friedensvertrag existiert – doch einen solchen gibt es wie gesagt auch zwischen Deutschland und seinen Kriegsgegnern nicht, obwohl der Zweite Weltkrieg bald 70 Jahre vorbei ist! Grundsätzlich könnten Israelis und Palästinenser einen Vertrag schließen und den darin besiegelten Zustand „Frieden“ nennen.

Ideen und Vorschläge für einen Frieden zwischen Israel und Palästinensern gibt es viele. Extremisten (beider Seiten) behaupten, dass Frieden erst herrschen werde, wenn der jeweilige Feind vertrieben oder umgebracht ist, also die Juden oder die Palästinenser „verschwunden“ sind. Nach europäischen Vorstellungen ist dies heutzutage undenkbar.

Doch genau diese Methode wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Vertreibung aus vielen Teilen Osteuropas aller teils seit Jahrhunderten dort ansässigen Deutschen angewandt. Dieses Vorgehen wird heute beschönigend „ethnische Säuberung“ genannt. Sogenannte „Friedensaktivisten“ vertreten die Meinung, dass es Frieden erst geben werde, wenn Juden und Palästinenser mit gleichen Rechten in einem bi-nationalen (aus zwei Nationen bestehenden) Staat zusammenleben und alle drei bis fünf Millionen palästinensischen Flüchtlinge, die derzeit in verschiedenen Staaten des arabischen Raumes und in den besetzten Gebieten in Flüchtlingslagern leben, das Recht erhalten, in das jetzige Israel zurückzukehren.

Dem ist entgegenzuhalten, dass dies das Ende des durch einen UN-Beschluss legitimierten Staates Israel mit jüdischer Mehrheit wäre. Entstehen würde ein weiterer arabischer Staat mit jüdischer Minderheit. Das käme einem Ende des Staates Israel gleich. Es gibt weiter den Vorschlag, die Palästinenser Jordanien zu unterstellen. Das wäre wahrscheinlich das Ende des jetzigen Haschemitischen Königreichs Jordanien, das zwar von außen recht stabil erscheint, doch schon jetzt erhebliche Probleme mit einer palästinensischen Mehrheit (!) hat.

Favorisiert wird zur Zeit die Idee einer Zwei-Staaten-Lösung. Doch solange weder die Palästinenser noch die Israelis bereit sind, die

Mythen und Fakten

Minimalforderungen der jeweils anderen Seite zu erfüllen und unfähig zu Kompromissen sind, scheitert diese Lösung an zahllosen Detailfragen, die man hier gar nicht alle aufzählen kann. Beispiel: Allein für Jerusalem gibt es ein Büchlein mit 99 Lösungsvorschlägen!

Warum baut Israel eine Mauer?

Nach 1967 gab es zwischen Israel, Westbank und Gaza keinerlei Hindernisse. Alles war offen. Ohne jegliche Kontrolle oder Straßensperre fuhr Israelis nach Gaza oder ins Westjordanland, während Araber aus Nablus und Gaza nach Tel Aviv kamen. Nach Ausbruch des ersten palästinensischen Aufstands („Erste Intifada“) 1987 errichteten die Israelis Straßensperren, um Gewalt fernzuhalten. Das Wort „Intifada“ bedeutet „abschütteln“. Deshalb forderten die Palästinenser eine Erneuerung der alten Zäune und Grenzmarkierungen, damit klar sei, bis zu welcher Linie die israelischen Besatzer „abzuschütteln“, also zurückzudrängen seien.

Doch die Israelis verweigerten das, weil sie es für einen Vorgriff auf Grenzverhandlungen mit einem künftigen Staat Palästina hielten. Die alte Waffenstillstandslinie zwischen Israel und dem von Jordanien besetzten Westjordanland betrachteten sie nicht als echte Grenze. Eine Erneuerung der Grenzzäune, so die israelische Interpretation, hätte den Eindruck vermittelt, als sei das doch eine Grenze und dass es nichts mehr über die Zugehörigkeit der Gebiete zu verhandeln gäbe.

Mit der Zweiten Intifada ab Oktober 2000 kam es zu blutigen Anschlügen durch palästinensische Selbstmordattentäter. Ab 2003 errichteten die Israelis deshalb einen fast hermetischen Sperrwall entlang der ehemaligen Waffenstillstandslinien zum Gazastreifen und zur Westbank. Dieser besteht überwiegend aus Zaun, Stacheldraht und Überwachungskameras. Nur an wenigen Stellen wurde auch eine hohe Mauer errichtet, als Sichtblende, um palästinensische Schützen daran zu hindern, auf Israelis zu schießen, etwa bei einer grenznahen Autobahn oder bei Jerusalem.

Heute beklagen sich die Palästinenser über mangelnde Freizügigkeit (als hätte es die vor 1967 gegeben, als die Palästinenser noch unter Jordanien lebten). Ebenso beklagen sie sich über israelischen „Landraub“, weil der Sperrwall nicht genau auf der alten Waffenstillstandslinie errichtet worden ist. Diese Waffenstillstandslinie betrachten die Palästinenser als „international anerkannte Grenze“, obgleich diese Linie niemals als Grenze anerkannt worden ist, sondern nur eine Waffenstillstandslinie „ohne Vorgriff auf künftige diplomatische Verhandlungen“ war. Da Israel aber das Land zwischen der „Mauer“ und der alten Waffenstillstandslinie nicht annektiert hat, kann nicht wirklich von „Landraub“ gesprochen werden. Die Diskussion dreht sich im Kreis.

Was will die Hamas?

Die Hamas ist als Organisation mit diesem Namen 1987 gegründet worden. Sie ging aus den ägyptischen Moslembrüdern hervor und repräsentiert heute die besonders frommen Palästinenser. Gleichzeitig ist sie eine politische Partei mit eigener Streitkraft, die sich 2007 in Gaza an die Macht geputscht hat. Einerseits will sie die Palästinenser beherrschen, andererseits hat sie sich ideologisch das Ziel gesetzt, den jüdischen Staat Israel zu zerstören. Sie will an der Stelle Israels ein islamisches Kalifat (Gottesstaat) errichten.

Im Jahr 2006 fanden bei den Palästinensern zum letzten Mal allgemeine Parlamentswahlen statt, wobei das Parlament wie in den meisten demokratischen Ländern nur für eine Kadenz von vier Jahren gewählt wird. Die Hamas hat diese „demokratischen“ Wahlen mit großer Mehrheit gewonnen, wegen des palästinensischen Wahlsystems und weil die Menschen der Korruption der seit über 40 Jahren vorherrschenden Fatah-Partei des Jassir Arafat überdrüssig geworden waren.

Der damalige Präsident der Autonomiebehörde Mahmoud Abbas und die Israelis wollten die Wahlen unterbinden: Abbas, weil er einen Wahlsieg der Hamas vorhersah, und die Israelis, weil sie die Hamas für eine Terrororganisation hielten. Doch die Amerikaner und Europäer bestanden auf einer Durchführung der Wahlen. Dabei missachteten sie einen entscheidenden Grundsatz für demokratische Wahlen nach westlichem Modell. Da muss nicht nur gewährleistet sein, dass die Wahlen tatsächlich geheim sind und dass die Stimmzettel verlässlich ausgezählt werden. Ein wichtiger Grundsatz ist auch, dass alle zur Wahl stehenden Parteien verfassungstreu sind.

Die „Verfassung“ der palästinensischen Autonomiebehörde ist jedoch das Osloer Vertragswerk zwischen Israel und der PLO, das den Palästinensern gewährt, ein Parlament, eine Regierung, eine eigene Polizei und andere staatliche Institutionen einzurichten. Die Hamas hat jedoch nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie weder Israel noch die Verträge mit Israel anerkenne und die Osloer Verträge zerstören wolle. Deshalb ist fraglich, ob die 2006 stattgefundenen und seit zwei Jahren überfälligen Wahlen überhaupt verfassungsmäßig waren, also wirklich „demokratisch“ nach westlichem Muster.

Was ist der Unterschied zwischen Armee und Miliz?

Eine Armee ist die Streitmacht eines Staates, wobei die Soldaten mit Uniformen klar erkenntlich sind. Im Kriegsfall führen Staaten mit ihren Armeen einen Krieg gegen ihre Feinde. Das gesamte Kriegsrecht und die sogenannten „Genfer Konventionen“, die Rechte und Pflichten kriegsführender Staaten definieren, sind entsprechend dieser banal klingenden Vorstellung noch aus Zeiten des Zweiten Weltkrieges formuliert worden. Spätestens seit 1973, dem letzten „klassischen“ Krieg zwischen Israel und arabischen Staaten, gibt es eine völlig neue Situation, die mit den alten Vorstellungen von Beziehungen zwischen Staaten nichts mehr zu tun hat. Deshalb „funktioniert“ auch das Völkerrecht nicht mehr, wie es 1949 in Genf formuliert worden ist, in den sogenannten „Genfer Konventionen“.

Im Nahen Osten haben sich in mehreren Ländern politische Parteien eine sogenannte „bewaffnete Miliz“ zugelegt. Typische Beispiele sind zunächst 1970 in Jordanien die PLO Arafats, später im Libanon erst die PLO, dann Amal und schließlich die Hisbollah. In den palästinensischen Gebieten entstanden die „El Aksa Brigaden“ und die Hamas mit eigener Streitkraft. In der Welt agieren Gruppierungen wie El Kaida, zunächst unter dem Befehl von Osama bin Laden, der Islamische Dschihad und hunderte andere bewaffnete Gruppierungen.

Alle diese Gruppierungen haben irgendwo einen Staat als „Heimat“. Dazu zählen Afghanistan, Iran, Pakistan, Sudan, Libanon oder der Gazastreifen. Sie führen einen „Krieg“ gegen den Westen,

Mythen und Fakten

gegen Israel, die USA, lassen Bomben in Madrid und London explodieren. In das klassische System von Kriegen zwischen Staaten lassen sie sich nur schwer einordnen. Ein gutes Beispiel dafür liefert der 11. September 2001, als Terroristen von El Kaida in New York 3.000 Menschen mit entführten Flugzeugen ermordeten.

Die USA erklärten den „Verteidigungsfall“ und das war der Grund für den Einmarsch in Afghanistan, weil die damals dort herrschenden Taliban sich weigerten, den Anführer von El Kaida, Osama bin Laden, an die USA auszuliefern, um ihn dort wegen des Terroranschlags vor Gericht „zur Verantwortung zu ziehen“. Diese Methode, mit nicht-staatlichen „Milizen“ Krieg gegen Feindstaaten zu führen und so das Völkerrecht zu umgehen, hat Schule gemacht. So griff die Hisbollah vom Libanon aus Israel sogar mit Raketen an, während Völkerrechtler gemäß den herkömmlichen Vorstellungen israelische Angriffe im Libanon als „Verletzung der Souveränität des Libanon“ verurteilten.

Gleiches gilt für Attacken von El Kaida in Europa oder Terrorangriffe der Hisbollah oder iranischer Agenten in Argentinien, Georgien, Neu Delhi oder in Burgas in Bulgarien. Es werden Dutzende und sogar Tausende Menschen ermordet, aber „nur“ von Organisationen, die vermeintlich völlig unabhängig handeln und geografisch nicht zu fassen sind. Dennoch ist klar, dass alle diese Organisationen Geld benötigen, ihre Kämpfer irgendwo trainieren müssen und sie irgendwoher auch Waffen und Sprengstoff beschaffen müssen, um ihre Attacken ausführen zu können. So entsteht die absurde Situation, dass der Libanon als Staat grundsätzlich „korrekte“ Beziehungen mit Israel pflegt, jedoch gleichzeitig der Hisbollah erlaubt und ermöglicht, von libanesischem Territorium aus einen Raketenkrieg gegen Israel zu führen, wobei Völkerrechtler den Israelis verbieten, sich dagegen zu wehren, weil das einer Verletzung der Souveränität des Libanon gleichkommt.

Das hier angesprochene Problem bedeutet zunächst, dass das gesamte Völkerrecht neu definiert werden müsste. Nicht die uniformierte Armee eines Staates sollte als Kriegspartner definiert sein, sondern genauso, welcher Staat irgendwelche Terroristen beherbergt, finanziert, ausbildet und zu Anschlägen rausschickt. Als Kämpfer sollte nicht mehr nur der uniformierte Soldat gelten, sondern genauso der „zivile“ Selbstmordattentäter oder Flugzeugentführer, der sich mit einem Sprenggürtel zum Anschlag begibt. Eine Neudefinition des Kriegsrechts ist auch deshalb notwendig, weil heute Staaten mit Terroristen ungestraft einen durchaus wirklichen Krieg etwa gegen die USA oder gegen Israel führen können, weil deren „Kämpfer“ nicht uniformiert sind und nicht zu einer offiziellen Armee gehören.

Was denken Jugendliche in der Region über den Konflikt?

Jugendliche denken ganz unterschiedlich, je nach Zugehörigkeit zu Israel oder den Palästinensern. Sie gehören unterschiedlichsten politischen Gruppierungen an. In Israel müssen die meisten Jugendlichen zum Militär. Bei den Palästinensern werden viele zu Kämpfern ausgebildet. Bei einer Umfrage unter christlich-palästinensischen Jugendlichen waren die Antworten auf die Frage, ob sie Frieden wollen, eindeutig: „Frieden ja, aber keinesfalls mit Israel.“ Andererseits führen die Jugendlichen mit Partys oder Sport ihr eigenes Leben, wie überall in der Welt, und wollen dann vom Konflikt nichts wissen.

Was geht mich der Nahostkonflikt an?

Es gibt Kinder, die haben von Bethlehem und Jerusalem gehört, noch ehe sie den Namen ihrer eigenen Heimatstadt erlernt haben. Es gibt also eine emotionale Bindung zu dem Land. Zudem geht der Konflikt jeden an, der irgendwo auf der Welt ein Flugzeug besteigt. Die Sicherheitskontrollen sind eine direkte Folge des Nahostkonflikts und der tödlichen Attentate palästinensischer Terroristen. Wegen des Holocausts und des Antisemitismus in Europa, aber auch aufgrund der vielen nach Europa eingewanderten Muslime wird fast jeder indirekt mit dem Nahostkonflikt konfrontiert. Der Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ mag übertrieben sein, aber der Nahostkonflikt im weitesten Sinne ist zweifellos wirtschaftlich, politisch und wegen der Terrorgefahr längst „Teil von Europa“.

Es gibt noch viele andere Gründe, weshalb der Nahostkonflikt jeden etwas angeht. Europa deckt einen großen Teil seines Energiebedarfs mit Erdöl aus dem Nahen Osten. Sowie dort Krieg herrscht, steigen die Benzinpreise im Rest der Welt. Die Europäer und besonders die Schweiz halten sich seit dem Zweiten Weltkrieg für die Hüter der Menschenrechte. Zu diesem Zweck haben sie nicht nur internationale Gerichte und die UNO errichtet. Sie nehmen sich das Recht heraus, in aller Welt für „Ordnung“ zu sorgen und Massenmörder aus Afrika oder Jugoslawien vor Gericht zu stellen. Der Schutz der Menschenrechte, wie es die Europäer heute sehen, berechtigt sogar, Kriege zu führen. Ein Beispiel lieferte Libyen, wo der Westen im Jahr 2011 mit Luftangriffen militärisch in den Bürgerkrieg eingriff.

Aber die Europäer und der übrige Westen sind diesbezüglich keineswegs konsequent, wie die Enthaltensamkeit bei Jemen, Syrien, Sudan oder Pakistan zeigt. Dort herrscht genauso wie in Libyen Blutvergießen an Zivilisten. Aber niemand greift ein, aus politischen Gründen, aus Rücksicht auf die Russen oder Chinesen, die wiederum ganz andere Interessen verfolgen. So stellt sich heraus, dass die Achtung der Menschenrechte in manchen Fällen nur ein Vorwand ist für ein politisches Eingreifen aus ganz anderen Gründen. Ein weiteres Beispiel liefert Israel, das in der UNO und ihren Gremien mehr als jedes andere Land an den Pranger gestellt wird wegen vermeintlicher Menschenrechtsverletzungen. Gleichzeitig werden in anderen Ländern Millionen Menschen vertrieben und Zehntausende ermordet, ohne dass die oben genannten Menschenrechtsorganisationen eingreifen oder die Weltöffentlichkeit davon über Gebühr Kenntnis nimmt.

Juden haben kaum eine historische Verbindung zu Israel.

Die Juden sind zweifelsohne eines der ganz wenigen Völker, die seit über 3.000 Jahren nachweislich existieren, ihre Religion, Sprache und Kultur über die Jahrtausende hinweg bewahrt haben und so auch auf eine lange Geschichte zurückblicken können. Selbstverständlich sind die heutigen Ägypter die biologischen Nachfahren der Ägypter in der Pharaonenzeit, aber weder die (Hieroglyphen-)Schrift noch die damals gesprochene Sprache oder Kultur haben sie bewahrt, nachdem sie im 6. Jahrhundert zu „Arabern“ wurden und fast geschlossen zum Islam konvertierten. Gleiches gilt für die Griechen oder für untergegangene Völker wie die Babylonier und Mesopotamier (im heutigen Irak), die Philister, Hethiter, Kanaanäer und andere biblische Völker im heutigen Israel.

Mythen und Fakten

Die Geschichte der Juden wurde schon vor 3.000 Jahren schriftlich festgehalten, ebenso ihr Gesetzeskodex und ihre Gedichte. Gemeint sind neben der Bibel auch jüdische Schriftwerke wie der Talmud, Gebetsbücher und vieles mehr. Zweifler argumentieren, dass nicht alles, was in der Bibel steht, echt und wahr sei. Obgleich Archäologen erstaunlich viele "Beweise" für Angaben aus der Bibel entdeckt haben und die Chronologie der Ereignisse teilweise mit der Chronologie der ägyptischen Geschichte übereinstimmt, ist es nicht so wichtig, ob wirklich jedes Detail stimmt. Denn für eine Kultur, für das Selbstbewusstsein eines Volkes entscheidet viel mehr, ob diese alte Geschichte im Bewusstsein lebendig bleibt, schon von den Kindern erlernt und als die eigene Volksgeschichte betrachtet wird.

Nehmen wir als Vergleich die christliche Weihnachtsgeschichte. Für die Kinder, die diese Geschichte hören, sind Maria und Josef, das Jesuskind, die Hirten, die Magier aus dem Morgenland und die Stadt Bethlehem wahre Begebenheiten, werden Teil der eigenen Identität und Wirklichkeit. Gleichwohl werden einige Details von Historikern durchaus in Frage gestellt. Schweizer, Österreicher und Deutsche haben auch eine lange Geschichte, aber ihre Anfänge sind nicht schriftlich festgehalten und es gibt kein „Lehrbuch“ wie die Bibel bei den Juden.

Da sich vieles in der „eigenen“ jüdischen Geschichte, also fast alles, was in der Bibel beschrieben ist, im Heiligen Land abspielt, beginnt da schon die tiefe religiöse, historische und emotionale Verbindung zum Land Israel. Hinzu kommen kulturelle Details, die seit zweitausend Jahren, als die Juden in alle Welt verstreut wurden, die Verbindung zum Land gepflegt haben und aufrecht erhielten. Neben dem Hebräischen als Sakralsprache in der Synagoge gibt es in jedem frommen Haus und in der Synagoge an einer Ostwand einen unverputzten Stein, der an den zerstörten Tempel erinnert. Bei jeder Hochzeit wird traditionell der Psalmspruch gerufen „Wenn ich Deiner vergesse, Jerusalem ...“.

Während des Passahfestes (vergleichbar mit dem christlichen Osterfest), wird die Geschichte vom Auszug aus Ägypten und die Rückkehr ins Heilige Land im Familienkreis gefeiert. Manche Historiker mögen zweifeln, ob dieser Exodus aus Ägypten stattgefunden hat. Teddy Kollek, ehemaliger Bürgermeister Jerusalems, sagte: „Dreitausend Jahre war Jerusalem der Mittelpunkt jüdischen Hoffens und Sehns. Keine andere Stadt hat eine solch beherrschende Rolle in der Geschichte, Kultur und Religion und im Bewusstsein eines Volkes gespielt wie Jerusalem im Leben der Juden und des Judentums. Während der Jahrhunderte des Exils blieb Jerusalem in den Herzen der Juden überall auf der Welt lebendig als Mittelpunkt der jüdischen Geschichte, Symbol der alten Herrlichkeit, spiritueller Erfüllung und moderner Erneuerung. Angesichts dieser innigen, unauflösbaren Verbindung des jüdischen Volkes muss man sagen: Wenn man die jüdische Geschichte in einzigem Wort zusammenfassen wollte, so lautete dieses Wort: Jerusalem.“

Aber selbst wenn es ein Mythos sein sollte, ist diese Geschichte Teil des jüdischen Bewusstseins geworden und deshalb genauso „wahr“ wie die Erzählung der drei Magier aus dem Morgenland oder gar die Geschichte vom Kindesmord des Herodes, den Wissenschaftler längst als unwahre Propaganda entblößt haben. Jeder möge die eigene Volksgeschichte überprüfen und schauen, ob da nicht auch so einiges reiner Mythos ist, aber im Nationalbewusstsein ganz lebendig weiterlebt.

Abschließend sei festgestellt, dass die Juden auch nach zweitausend Jahren Vertreibung aus ihrer alten biblischen Heimat mit allen Mitteln, sogar mit Speisen, Sprache, Religionsstudium und Kultur eine ganz enge Beziehung zum Land gepflegt und bewahrt haben.

Siehe dazu auch: www.israelkompetenzkollektion.wordpress.com/2012/08/13/zur-judischen-verbundenheit-mit-israel-und-jerusalem

Der Koran beschreibt Jerusalem als „heilig“ für den Islam.

Im Koran wird Jerusalem nicht ein einziges Mal namentlich erwähnt, weil der Prophet Mohammed die Stadt nie betreten hat. Im Gegensatz dazu war Jerusalem immer eine heilige Stadt für die Juden. Die täglichen Gebete der Juden konzentrieren sich auf Jerusalem und die hebräische Bibel erwähnt Jerusalem über 600 Mal. Aber es gibt die Geschichte der Nachtreise des Propheten zu der „entferntesten Stelle“, El Aksa, auf seinem Pferd Burak. Und von dort sei Muhammed in den Himmel gefahren. Traditionell glauben Muslime, mit El Aksa sei Jerusalem gemeint, obwohl die El-Aksa-Moschee in Jerusalem noch nicht gebaut war, als der Koran geschrieben wurde. Jerusalem wurde im Jahr 636 nach Mohammeds Tod von muslimischen Armeen erobert. Die auf dem vormals jüdischen Tempelberg errichtete große Moschee wurde „El Aksa“ genannt.

Wie oben beschrieben, kann Glauben nicht nur Berge versetzen, sondern was der Mensch glaubt, ist für ihn Wahrheit und Wirklichkeit, selbst wenn „aufgeklärte“ Menschen es für einen Mythos halten. Jerusalem wurde aus vielen historischen und psychologischen Gründen vom Islam für heilig erklärt. Zeitweilig verbeugten sich Moslems sogar gegen Jerusalem und nicht nach Mekka. Es macht wenig Sinn, über Glaubensfragen zu diskutieren. Man muss akzeptieren, dass Jerusalem für Moslems die drittheiligste Stadt ist, nach Mekka und Medina. Mit sachlichen Argumenten lassen sich in keiner Religion Glaubensfragen widerlegen, abschaffen oder wegdiskutieren.

Gibt es ein „arabisches Ost-Jerusalem“?

Die Formel findet man oft in Zeitungsartikel, manchmal sogar mit dem Zusatz „traditionell arabisches Ost-Jerusalem“. Jerusalem gab es schon vor 3000 Jahren, als König David es eroberte. Danach wurde es rund 50 Mal erobert, zerstört und wieder aufgebaut. Ehe die Stadt 1948 geteilt wurde infolge des Krieges, in einen jüdisch/israelischen Westen und den arabisch/jordanischen Osten, war die Stadt unter Briten, türkischen Osmanen, Kreuzfahrern, Römern, Persern und anderen Völkern immer vereint. Lange Zeit gab es wie auch in Damaskus oder Beirut ein separates muslimisches, christliches, jüdisches und armenisches Viertel. Das „arabisches Ost-Jerusalem“ gab es genau 19 Jahre lang, zwischen 1948 und 1967. Israel eroberte 1967 die ganze Stadt und vereinte sie wieder. Von einem „traditionell arabischen Ost-Jerusalem“ zu reden, ist ungefähr so absurd, wie von einem traditionell kommunistischen Ost-Berlin zu reden.

Der salomonische Tempel ist nicht jüdisch.

Die Muslime behaupten heute, dass sogar Abraham und alle anderen in der Bibel erwähnten Figuren, darunter die Könige David und Salomon, Moslems gewesen seien, Jahrhunderte vor der

Mythen und Fakten

Gründung des Islam durch den Propheten Muhammed. Übrigens, als König Herodes gestorben war, stellten Legionäre aus Germanien und Gallien die Ehrenwache. So berichtet es der zeitgenössische Historiker Josephus Flavius. Analog zum palästinensischen „Narrativ“ hätte er eigentlich schreiben müssen, dass es Soldaten der deutschen Bundeswehr waren ...!

Die größte Flüchtlingskatastrophe aller Zeiten.

Die Palästinenser sehen sich gerne als Opfer der schlimmsten Flüchtlingskatastrophe aller Zeiten. Kein anderes Volk habe derart unter einer brutalen Vertreibung gelitten. 700.000 Araber aus Palästina seien „heimatlos“ geworden. Und deshalb hätten sie ein „Recht auf Rückkehr“, das ihnen von der UNO verbrieft worden sei. Ohne das Leid der Palästinenser mindern zu wollen, sind diese ständig wiederholten Behauptungen im historischen Vergleich unhaltbar.

14 Millionen Deutsche wurden nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben. Millionen Hindus und Moslems wurden im Rahmen eines Bevölkerungsaustausches zwischen Indien und Pakistan ebenso vertrieben wie Griechen und Türken. In Syrien mussten mindestens zwei Millionen Menschen aus ihren Häusern fliehen, also mehr als die 700.000 Palästinenser 1948. Falsch ist auch die Behauptung, dass die meisten Palästinenser „aus ihrer Heimat“ vertrieben wurden. Zwar flohen einige nach Libanon, Syrien und Jordanien. Doch die meisten wanderten nur wenige Kilometer weit und füllen bis heute die Flüchtlingslager in Palästina, im Gaza-Streifen und bei den Städten im Westjordanland. Von Exil kann keine Rede sein.

Die UNO zementierte das Flüchtlingsdasein der Palästinenser, indem sie die UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) für alle Flüchtlinge der Welt gründete, aber die UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten) allein für palästinensische Flüchtlinge verantwortlich machte. In historischer Präzedenz erlaubt die UNRWA männlichen Nachkommen eines Palästina-Flüchtlings, den Flüchtlingsstatus nachfolgenden Generationen zu vererben. In einen palästinensischen Flüchtling investiert die UN knapp dreimal so viel wie in einen Flüchtling der UNHCR und garantiert ihm einen voll finanzierten Flüchtlingsstatus mitsamt Nahrungsmittelversorgung und kostenloser Ausbildung bis zu ihrer Rückkehr in ihre alten Häuser im heutigen Israel. Auf diese Weise wurden in etwas mehr als 60 Jahren aus 750.000 Flüchtlingen fünf Millionen.

Mit Hilfe der UNHCR konnten seit Ende des Zweiten Weltkrieges Millionen Kriegsflüchtlinge ihren Flüchtlingsstatus ablegen, nachdem sie von diversen Ländern als Staatsbürger aufgenommen wurden. Palästinensische Flüchtlinge hingegen sind selbst nach rund 70 Jahren in den meisten arabischen Staaten nicht willkommen. Es wird ihnen die Staatsbürgerschaft und Landbesitz verweigert und sie erfahren massive Einschränkungen in der Berufswahl sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen. Die Ausnahme bildet Jordanien, doch auch dort hält die UNRWA trotz Staatsbürgerschaft und im Widerspruch zur universalen Praxis den Flüchtlingsstatus aufrecht und zählt in Jordanien mittlerweile zwei Millionen palästinensische „Flüchtlinge“.

Warum verhindert die UNRWA durch ihre singuläre Flüchtlingsdefinition die Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems? „Die arabischen Nationen wollen das Flüchtlingsproblem nicht

lösen“, sagte 1952 Sir Alexander Galloway, ehemaliger Direktor der UNRWA in Jordanien. „Es soll wie eine ‚offene Wunde‘ als Waffe gegen Israel genutzt werden. Arabische Führer scheren sich einen Dreck um die Flüchtlinge.“ Noch deutlicher wurde Gamal Abdel Nasser im September 1960: „Wenn die palästinensischen Flüchtlinge nach Israel zurückkehren, wird Israel aufhören zu existieren.“

Eine Lösung für dieses Problem kann es also erst geben, wenn Israel nicht mehr existiert und alle Juden vertrieben worden sind. Denn Israel verweigert über fünf Millionen arabischen Palästinensern die „Einwanderung“, weil das automatisch das Ende des jüdischen Staates Israel bedeuten würde.

„Israel ist schuld am Flüchtlingsproblem.“

Das Problem der palästinensischen Flüchtlinge entstand schon vor der Gründung Israels, als sich ab 1929 die Araber und Juden im britisch kontrollierten Palästina gegenseitig bekämpften. Viele flüchteten vor dem Kriegsgeschehen. Es gab auch Fälle von Vertreibung, nicht nur von Arabern, sondern auch von Juden. 1948, im Rahmen des Unabhängigkeitskrieges, wurden alle Juden aus Ost-Jerusalem und dem Westjordanland vertrieben, während im frisch entstandenen Israel Araber in Jaffo, Ramle, Lod, Nazareth oder Haifa bleiben durften. Die UNRWA zählte 1948 etwa 700.000 arabische Flüchtlinge, die das Staatsgebiet Israels verlassen hätten.

Doch von der Weltöffentlichkeit vergessen und nicht beachtet ist die Tatsache, dass in der gleichen Periode über eine Million Juden aus allen arabischen Ländern vertrieben worden sind. Als sogenannte Dhimmis wurden sie bereits seit Jahrhunderten wie Menschen zweiter Klasse behandelt. Die Staatsgründung Israels bot arabischen Regierungen lediglich den Vorwand, einer schutzlosen Minderheit die Lebensgrundlage zu entziehen, sie auszuplündern und anschließend zu vertreiben. Im Gegensatz zu den Palästinensern erhielten jüdische Flüchtlinge keine internationale Hilfe. Ihre alles andere als unproblematische Integration musste aus eigener Kraft durch Israel geleistet werden. Zwischen 1947 bis 2003 wurden zum Nahostkonflikt über 681 UN-Resolutionen verabschiedet, mehr als hundert davon befassen sich mit palästinensischen Flüchtlingen. Nicht eine einzige thematisiert die Enteignung und Vertreibung jüdischer Flüchtlinge aus den arabischen Ländern.

Zwischen Israel und der arabischen Welt gab es also eine Art Bevölkerungsaustausch wie zwischen Griechenland und der Türkei oder Indien und Pakistan. Vergessen ist auch, dass viele der rund 600.000 Juden, die 1948 den Staat Israel gegründet haben, selber Flüchtlinge waren infolge der Pogrome, Judenverfolgungen und des Holocaust in Europa. Es sei auch erwähnt, dass die Juden in den arabischen Staaten Vermögen und Eigentum im Milliardenwert zurückgelassen hatten, zumal sie im Irak und in anderen Ländern fast die gesamte Wirtschaft kontrollierten. Im Falle eines Abkommens über wirtschaftliche Kompensation an die Palästinenser für ihr verlorenes Eigentum müssten die arabischen Staaten ein Vielfaches an Entschädigung an die von ihnen vertriebenen Juden zahlen.

Israel ist ein Apartheid-Staat.

Zu den gängigen Parolen von „Israel-Kritikern“, zuletzt sogar des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, gehört die Behauptung, dass

Mythen und Fakten

Israel ein „Apartheid-Staat“ sei. Damit wird Israel als rassistischer Staat wie Südafrika vor dem Umsturz beschrieben. Doch in Südafrika ist per Gesetz eine Rassentrennung vorgeschrieben worden, die vorsah, dass Schwarze in eigenen Vierteln leben müssten. Von Weißen benutzte Verkehrsmittel durften nicht von Schwarzen bestiegen werden und vieles mehr. In Israel existiert kein einziges Gesetz, das eine Diskriminierung einer bestimmten Gruppe vorschreibt. Alle Bürger Israels sind vor dem Gesetz gleichberechtigt. Deshalb gibt es zum Beispiel auch arabische Parteien im Parlament.

Ein christlich-arabischer Richter hat den ehemaligen israelischen Staatspräsidenten Mosche Katzav wegen sexueller Delikte zu einer achtjährigen Haftstrafe verurteilt. Manche halten es für „Rassismus“, wenn Soldaten nach erledigtem dreijährigen Wehrdienst eine finanzielle Vergünstigung erhalten. Araber erhalten diese Vergünstigungen nicht, weil sie bislang – wie ultraorthodoxe Juden – das Privileg haben, nicht der Wehrpflicht zu unterliegen. Ist es wirklich Rassismus, wenn arabische Israelis drei Jahre früher als gleichaltrige Juden mit dem Studium beginnen können oder Geld verdienen können?

Andererseits gibt es auch in Israel Fälle von Rassismus, schlimme Graffiti und Diskriminierungen gegen Araber, gegen „Schwarze“, gegen Frauen. Doch solche Fälle, sowie sie bekannt werden, erhalten nicht nur Schlagzeilen in den Medien, sondern werden von führenden Politikern scharf verurteilt und von der Polizei geahndet. Wer also zum Boykott gegen Israel aufruft, weil es angeblich ein Apartheid-Regime sei, irrt nicht nur in der Beschreibung der Zustände in Israel. Jene „Kritiker“ verschließen auch die Augen vor den Verhältnissen in vielen anderen Ländern, in denen Menschen aus rassistischen Gründen diskriminiert, vertrieben und sogar ermordet werden. In manchen arabischen Länder wie Saudi Arabien wird Juden grundsätzlich die Einreise verwehrt, selbst wenn sie einen deutschen oder amerikanischen Pass haben. Das ist purer Rassismus. Und bei der palästinensischen Autonomiebehörde steht die Todesstrafe auf den Verkauf eines Grundstücks an Juden.

Selbst verschärfte Kontrollen bei Arabern auf den Flughäfen geraten leicht in den Ruch, „rassistisch motiviert“ zu sein. Obgleich natürlich nicht jeder Araber oder Moslem ein Terrorist ist, sind nun einmal fast ausnahmslos alle Terroristen, die Flugzeuge entführt oder gesprengt haben, Araber, Moslems oder Palästinenser. Wegen dieser Erfahrung fällt auf arabische Fluggäste eher ein Verdacht als auf einen Juden oder einen deutschen Touristen. Andererseits werden inzwischen auf allen großen Flughäfen grundsätzlich alle Fluggäste wie potentielle Terroristen behandelt, wenn sie ihre Schuhe ausziehen oder mit erhobenen Armen den Metalldetektor passieren und sich abtasten lassen müssen. Diskriminiert werden also alle Flugzeugpassagiere.

Wie verleumderisch und in keinerlei Hinsicht haltbar die Apartheids-Anschuldigungen gegen Israel sind, illustriert ein „Offener Brief“ von Studentenführern aus mehreren historischen afro-amerikanischen Colleges und Universitäten an die Organisation „Studenten für Gerechtigkeit in Palästina“ (Organisatoren der „Israeli Apartheid Week“) vom April 2011. Er wurde in einer Reihe amerikanischer Hochschulzeitungen in ganzseitigen Anzeigen veröffentlicht: „Die Anti-Israel-Kampagne Ihrer Organisation verbreitet unwahre Berichte über Israels Politik, ist ein Nährboden

für Vorurteile in den Medien und gefährdet die Aussicht auf eine zügige Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes.“ Und weiter: „Das Ausspielen der ‚Apartheidskarte‘ ist ein berechnender Versuch, Assoziationen mit den rassistischen südafrikanischen Regimes des 20. Jahrhunderts hervorzurufen. Diese Strategie ist genauso durchsichtig wie niederträchtig. Anständigkeit, Gerechtigkeit und die Hoffnung auf Frieden und Versöhnung im Nahen Osten machen es erforderlich, dass wir eine unverzügliche Beendigung der absichtlichen falschen Verwendung von Worten und der ungeheuerlichen Fehldarstellung Israels fordern“, heißt es in dem Brief, der mit den Worten endet: „Ihre Bereitschaft, diese Forderung zu erfüllen, wird als ein verantwortlicher und angemessener erster Schritt in Richtung auf eine Hebung des Diskussionsniveaus betrachtet.“

„Israel wurde aus europäischer Schuld am Holocaust geschaffen und jetzt müssen die Palästinenser den Preis dafür bezahlen.“

Auch diese oft behauptete These hält den historischen Fakten nicht stand. Der Staat Israel entstand nur, weil die Juden mit dem Zionismus ihre Nationalbewegung Ende des 19. Jahrhunderts geschaffen hatten. Ohne eine jahrzehntelange Vorarbeit, die Schaffung jüdischer Institutionen mit der klaren Absicht, für die Errichtung eines Staates bereit zu sein, obgleich noch die Briten in Palästina herrschten, wäre 1948 kein jüdischer Staat zustande gekommen.

Mit der Balfour-Deklaration von 1917 haben die Briten erstmals den Juden zugestanden, in Palästina eine „nationale Heimstätte“ zu errichten. Das geschah also lange vor der Machtergreifung Hitlers und dem Holocaust. 1922 erteilte der Völkerbund, Vorläufer der Vereinten Nationen, den Briten das Mandat, in Palästina zu regieren. Unter Berufung auf „die historische Verbindung des jüdischen Volkes mit Palästina und auf der Grundlage der Wiedererrichtung seiner nationalen Heimstätte in diesem Land“ erhielten die Briten den ausdrücklichen Auftrag, die Einrichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina zu betreiben. Zwar sollte auf die „zivilen und religiösen Rechte“ der im Lande lebenden Menschen Rücksicht genommen werden, aber von der Errichtung eines arabischen oder gar „palästinensischen Staates“ war keine Rede.

Die Völkergemeinschaft erteilte also den Briten den Auftrag, eine jüdische „nationale Heimstätte“ in Palästina zu errichten, ein Dutzend Jahre vor der Machtergreifung Hitlers und fast 20 Jahre vor Beginn des Holocaust. Als die Briten 1948 das Land verließen, ohne ihre Aufgabe erfüllt zu haben und ohne der jüdischen oder arabischen Seite die „Schlüssel“ zu übergeben, blieb den Juden am Freitagmittag dem 15. Mai 1948 nur wenige Stunden Zeit, vor Beginn des Sabbat den Staat Israel auszurufen. Ohne stehende Armee und ohne schwere Waffen zu besitzen, wurde der junge Staat noch in der Nacht von mehreren arabischen Staaten angegriffen. Nicht „die Europäer“ und schon gar nicht die Amerikaner halfen den Israelis in ihren ersten Stunden, sich militärisch gegen den Angriff der Araber zu behaupten. Es waren die Russen. Über die Tschechoslowakei schmuggelten sie Messerschmidt-Flugzeuge und andere Waffen nach Israel.

Die Behauptung, dass Israel wegen der Schuld der „Europäer“ am Holocaust entstanden sei, ist also in jeder Hinsicht falsch, zumal in Israel damals nur etwa 600.000 Juden lebten, weil „die

Mythen und Fakten

Europäer“ sechs Millionen Juden ermordet hatten und die Briten bis zur Gründung Israels alles taten, um Flüchtlinge des Holocaust aus Europa daran zu hindern, die Küste Palästinas zu erreichen. Symbolisch dafür steht das Flüchtlings-Schiff „Exodus“, das von den Briten wieder zurückgeschickt wurde. Die „Exodus“ wurde durch den verfilmten Roman von Leon Uris weltberühmt.

Die Araber wollen Frieden und einen Staat im Westjordanland. Israel ist der Hauptstolperstein beim Erreichen einer „Zwei-Staaten-Lösung“.

Die erste PLO-Charta 1964 sah die Errichtung eines palästinensischen Staates allein auf dem Territorium des Staates Israel vor. Aus „Rücksicht“ auf die arabischen „Brüder“ sollten der Gazastreifen bei Ägypten und das von Jordanien besetzte Westjordanland nicht von den Unabhängigkeitsbestrebungen berührt werden. Die zweite PLO-Charta 1968 von Jassir Arafat sah die Errichtung eines palästinensischen Staates in ganz Palästina vor.

Erst 1988, in einer Rede in Genf, erklärte Arafat, dass er bereit sei, sich mit dem Gazastreifen und dem Westjordanland für die Errichtung eines Staates zu begnügen. Das bedeutete eine implizite Anerkennung Israels, brachte der PLO eine amerikanische Anerkennung ein und öffnete den Weg zu Gesprächen mit Israel. Die Gipfelten in den Osloer Verträgen von 1993, der Rückkehr Arafats aus dem Exil und der Errichtung der Autonomie. Das war ein erster Schritt in Richtung Frieden. Doch seitdem ist vieles falsch gelaufen. Die von Arafat ausgerufene zweite Intifada führte zu einem Blutbad mit Tausenden Toten. Die Feindseligkeit und das gegenseitige Misstrauen wuchsen auf beiden Seiten.

Seitdem läuft nichts mehr. Die „Friedensverhandlungen“ sind ausgesetzt. Beide Seiten beschuldigen sich gegenseitig, für den Zusammenbruch des Friedensprozesses verantwortlich zu sein. Hinzu kommt die Spaltung der Palästinenser infolge des Hamas-Putsches 2007 im Gazastreifen. Alle Seiten haben jeweils einen langen Beschwerdekatalog. Die Palästinenser klagen über israelischen Siedlungsbau, den sie als „Fakten schaffen“ bezeichnen, obgleich Israel für Frieden und Rückzug schon 1982 alle Siedlungen im Sinai geräumt hat. Zudem wurden 2005 alle „geschaffenen Fakten“ im Gazastreifen abgerissen, als Israel sich von dort zurückzog. Ebenso wurden Siedlungen im Norden des Westjordanlandes abgerissen. Der Bau der „Mauer“, der Krieg gegen Gaza im Dezember 2008 und andere Maßnahmen werden als friedenshindernde israelische Schritte dargestellt.

Die israelische Seite wiederum beklagt tägliche Raketenangriffe aus dem Gazastreifen, die inzwischen beendete Entführung des Soldaten Gilad Schalit, Terroranschläge (von denen nur ein Bruchteil bekannt werden, da viele versuchte Anschläge verhindert werden), eine weltweite Kampagne, Israel zu delegitimieren und sein Existenzrecht in Frage zu stellen, sowie eine aus israelischer Sicht unerträgliche Hetze gegen Juden und Israel. Der muslimische Scheich Muhammad Hussein, der aktuelle Mufti der PA (Palestinian Authority) von Jerusalem, forderte im Januar 2012 (!) seine Religionsgenossen öffentlich zum Judenmord auf. Angekündigt wurde Hussein mit den Worten: „Seine (Husseins) Worte sind nötig, weil unser Kampf gegen die Affen und Schweine (Juden) ein religiöser Glaubenskrieg ist!“ Die Empörung nach dieser Hetzrede vom 09. Januar 2012 in Jerusalem quittierte der Scheich mit der Bemerkung, er hätte „lediglich den Koran zitiert“.

Im Dezember 2010 sagte PA-Präsident Mahmud Abbas: „Ich werde nie auch nur einem einzigen Juden erlauben, unter uns auf palästinensischem Land zu leben.“ Ein solcher, von der UNESCO bereits anerkannter und vom Westen mit Milliarden Fördergeldern unterstützter palästinensischer Staat wäre der erste seit Nazi-Deutschland, der Juden das Leben auf seinem Gebiet verbietet. Wer also allein in Israel den Schuldigen sieht, dass es immer noch keinen Frieden gibt, sollte sich die Mühe machen, beide Seiten zu prüfen, und sich dann erst ein Urteil erlauben.

Ist der Konflikt territorial oder religiös?

Wäre es möglich, den Konflikt auf ein oder zwei Bereiche zu reduzieren, wäre er wahrscheinlich längst gelöst worden. Es geht nicht nur um ein paar Quadratkilometer Land und auch nicht um die Frage, welcher Gott recht hat. Für „die Araber“, also die arabischen Staaten und die Palästinenser, geht es um die grundsätzliche Frage, ob Juden, Ungläubige, europäische Kreuzfahrer oder schlicht „Fremde“ ein Recht haben, auf dem vom Islam schon befreiten Territorium einen Staat zu gründen. Hier spielen religiöse, aber auch politische und ideologische Vorstellungen eine Rolle.

Für die Juden geht es letztlich um die Existenz, um das Recht, in einem eigenen Staat leben, sich selber verteidigen zu können und nicht mehr als wehrlose Minderheit in Europa oder in der arabischen Welt ein Spielball der Völker zu sein. Beim Streit um Jerusalem geht es um Geschichte, Emotionen und um Territorium, denn jede Seite will über ihre heiligen Stätten herrschen. Besonders delikat ist das an Stellen, wo mehrere Religionen Ansprüche stellen wie auf dem Tempelberg.

Die palästinensische Wirtschaft ist nicht bereit für die Staatsgründung.

Im vorigen Jahrhundert entstanden Dutzende Staaten, darunter die meisten arabischen Staaten. Viele sind das Produkt der europäischen Kolonialherrschaft. Niemand fragte, ob sie wirtschaftlich oder politisch bereit waren, als Staat zu funktionieren. Israel stand auch wirtschaftlich vor dem Nichts, als der jüdische Staat unter widrigsten Verhältnissen ausgerufen werden musste, um überhaupt zu entstehen. Die palästinensische Wirtschaft steht dank internationaler und israelischer Hilfe in Milliardenhöhe sowie dank dem hohen Bildungsgrad der Palästinenser zweifellos besser da als so manche „gescheiterte Nation“ in Afrika. Die Wirtschaftslage ist also nur ein vorgeschobenes Argument, um den Palästinensern einen eigenen Staat zu gewähren.

Israel verübt Kriegsverbrechen, indem es Zivilisten tötet.

Viele Vorwürfe gegen Israel – ethnische Säuberung zu machen, Kriegsverbrechen zu verüben, „schlimmer als die Nazis zu wüten“ – sind Teil einer boshaften Propagandakampagne gegen Israel. Es wurde sogar schon behauptet, dass Israel Konzentrationslager und Gaskammern errichtet habe. Nur hat das bisher niemand beweisen können. Es ist schwer, Gegenbeweise für etwas zu liefern, was es nicht gibt. Niemand widerspricht, dass einzelne Soldaten oder Israelis Verbrechen begangen und dabei auch unschuldige Zivilisten getötet haben. Doch wenn solche Einzelfälle bekannt werden und vor Gericht nachgewiesen werden können, werden die Täter, darunter auch Soldaten, bestraft. Das ist in einem

Mythen und Fakten

Rechtsstaat die übliche Methode, abzuschrecken und solche Taten nicht zu dulden.

Umgekehrt hat es bekanntlich eine lange Serie schwerer palästinensischer Terroranschläge gegeben, wobei die Selbstmordattentäter gezielt Zivilisten ermorden wollten, wenn sie sich in Bussen, Restaurants oder in der Cafeteria der Hebräischen Universität sprengten. Beim Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen bis heute und aus dem Libanon bis 2006 wurden gezielt israelische Städte und Ortschaften beschossen, also rein zivile Ziele. Die Attentäter, darunter die palästinensischen Selbstmordattentäter, werden von ihrer Regierung geehrt, indem Straßen, Schulen und Ferienlager nach ihnen benannt werden und indem ihre „Heldentaten“ in den Medien und in den Schulen verherrlicht werden.

Wenn Israel gezielt Raketenbeschuss beschießt, um sie daran zu hindern, Raketen auf israelische Städte abzuschießen, oder wenn es nach Raketenbeschuss mit dem Bombardement von „Terroristenstellungen“ reagiert, berichten deutschsprachige Medien von „Vergeltungsschlägen“. Gleichwohl ist nicht ein einziger Fall bekannt, in dem Israel aus Rache (Vergeltung, nach dem biblischen Prinzip „Auge um Auge“) einen Bus, eine Schule oder ein Restaurant bombardiert hätte. Dennoch werden allein israelische „Kriegsverbrechen“ thematisiert, während palästinensischer Raketenbeschuss als „legitimer Widerstand“ und die Selbstmordattentate als „Verzweiflungstat“ schöngeredet werden. Gleichwohl stecken in beiden Fällen politische Organisationen dahinter, die Sprengstoff oder Waffen besorgen und nach „gelungener“ Tat „Bekennerbriefe“ veröffentlichen. Wer Israel der „Kriegsverbrechen“ bezichtigt, sollte genau hinschauen und gleiche Maßstäbe an beide Seiten ansetzen.

Hätte Israel sich auf seine Grenzen von 1967 zurückgezogen, gäbe es längst Frieden.

Der Rückzug aus einem Territorium macht nur Sinn, wenn es auch jemanden gibt, der das Territorium in Empfang nimmt. Dazu sind Absprachen oder Verhandlungen notwendig. Israelische Versuche nach der Eroberung des Sinai, der Golanhöhen, des Gazastreifens und Westjordanlandes mit den jeweiligen arabischen Ländern ins Gespräch zu kommen, wurden 1967 mit einem dreifachen „Nein“ der arabischen Länder beantwortet: keine Anerkennung, kein Frieden, keine Verhandlungen mit Israel.

Für Frieden mit Ägypten hat sich Israel 1982 aus dem Sinai zurückgezogen. Aber der einseitige israelische Rückzug aus Libanon brachte Israel die palästinensische Intifada ab 2000 ein und 2006 den Libanonkrieg. Nach dem einseitigen Rückzug aus dem Gazastreifen wurde Israel mit über zehntausend Raketen beschossen. Die Erfahrung hat Israel gelehrt, dass die Voraussetzung für Frieden nur ein ausgehandelter Friedensvertrag sein kann, nicht aber ein einseitiger Rückzug.

Nicht der Iran ist die größte Bedrohung für Frieden und Stabilität, sondern die Nuklearmacht Israel.

Israel hat nie zugegeben, eine Nuklearmacht zu sein, und deshalb auch noch nie mit dem Einsatz von Atombomben gegen irgend ein Land gedroht. Über die vermeintliche Zahl der Atombomben Israels gibt es im Ausland weit divergierende Spekulationen, was zeigt, dass niemand über hieb- und stichfeste Informationen

verfügt. Iran hingegen betreibt offensichtlich den Bau einer Atombombe und droht ganz offen mit der Vernichtung Israels als Ziel seines Atomprogramms und der Entwicklung von Trägerraketen. Während Israel einen „zweiten Holocaust“ befürchtet, falls seine sechs Millionen jüdischen Bewohner durch einen iranischen Atomschlag vernichtet werden sollten, äußern iranische Politiker und Militärs ganz offen die Absicht, Israel zerstören zu wollen. Israelische verantwortliche Politiker hingegen haben dem Iran bis heute weder mit einem Angriff auf die Atomanlagen und gewiss nicht mit einer Zerstörung oder Vernichtung des Iran gedroht. Was dazu in den Medien, darunter auch in israelischen Medien, veröffentlicht worden ist, stellt sich bei genauem Hinschauen sehr schnell als reine Spekulation heraus.

Die geplante Errichtung von weiteren 1600 Wohnungen in „Ost-Jerusalem“ beweist, dass Israel die heilige Stadt „judiziert“.

Wer Israel vorwirft, dass es durch Wohnungsbau die Stadt Jerusalem „judiziert“, verkennt die historische Tatsache, dass Juden schon seit Ende des 19. Jahrhunderts die Bevölkerungsmehrheit in Jerusalem stellen. Und was ist dagegen einzuwenden, wenn Berlin durch den Zuzug von Moslems „muslimisiert“ wird oder Europa früher Teile von Afrika durch Missionstätigkeit „christianisiert“ hat. Offenbar scheint es allein eine Sünde zu sein, wenn Juden sich vermehren. Siehe dazu auch:

www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-4267724,00.html

Israels Politik ist der Grund für weltweiten Antisemitismus

Der Judenhass oder Judeophobie haben eine 2000-jährige Geschichte. Das Christentum warf „den Juden“ Gottesmord vor, weil „die Juden“ schuld an der Kreuzigung seien. „Sie gefallen Gott nicht und sind allen Menschen Feind“ (Gemeindebrief Paulus von Tarsus). Einige Christen sehen im Holocaust die gerechte Strafe der Juden für den Mord an Gottes Sohn (Deizid) und noch heute wird in der Karfreitagsfürbitte des Vatikans für die „Erleuchtung“ der Juden gebetet. Damit befindet sich das Christentum in der historisch einzigartigen Position, eine andere Religion anzuklagen, den eigenen Gott getötet zu haben.

Der Vatikan hat diesen Vorwurf erst 1962 fallen gelassen. Konkrete Fehler, Versäumnisse oder Verbrechen seitens der Kirche in Bezug auf den Holocaust, die Möglichkeiten einer Wiedergutmachung, eine Entschuldigung oder ernst zu nehmende Schuldanerkennung blieben bis heute aus. Auf die Frage, warum der Vatikan nicht gegen die systematische Vernichtung der europäischen Juden protestierte, antwortete der umstrittene Papst Pius XII: „In den deutschen Heeren sind Millionen von Katholiken. Soll ich sie in Gewissenskonflikte bringen?“ Und bei Adolf Eichmann, dem Architekten der „Endlösung der Judenfrage“, lesen wir: „Ich erinnere mich in tiefer Dankbarkeit an die Hilfe katholischer Priester bei meiner Flucht aus Europa.“ Auch Papst Benedikt XVI. behauptet in seiner Rede in Auschwitz am 28. Mai 2006, der Holocaust sei das Produkt der Gottlosigkeit, der Judenmord sei der Versuch gewesen, Gott auszuschalten. Dass der Holocaust von Leuten geplant, durchgeführt und geduldet wurde, die zu 99 Prozent Christen waren, wird nicht thematisiert.

Mit seinen antijüdischen Schriften wie „Die Juden und ihre Lügen“ bereitete der Evangelist Martin Luther, der von Adolf Hitler verehrt

Mythen und Fakten

und als „das größte deutsche Genie“ bezeichnet wurde, den Nährboden für den Antisemitismus der Gegenwart. Mit seinen „Ratschlägen“ der „scharfen Barmherzigkeit zur Entladung von der Judenlast“ greift der fanatische Judenhasser Luther sämtlichen Verbrechen der Nationalsozialisten vor. So fordert Luther:

„[...]dass man ihre Synagoga oder Schulen mit Feuer anstecke und was nicht brennen will, mit Erde überhäufe und beschütze, dass kein Mensch einen Stein oder Schlacken davon sehen ewiglich. Und solches soll man tun unserem Herrn und der Christenheit zu Ehren, damit Gott sehe, dass wir Christen seien.“

Reichspogromnacht 1938, an Luthers Geburtstag

„[...] dass man auch ihre Häuser desgleichen zerbreche und zerstöre. Denn sie treiben dasselbige drinnen, was sie in ihren Schulen treiben. Dafür mag man sie etwa unter ein Dach oder einen Stall tun.“

Ghettos und Konzentrationslager

„[...] dass man ihnen nehme alle ihre Betbüchlein, Talmudisten, auch die ganze Bibel und nicht ein Blatt liebe.“

Die Nationalsozialisten verbrennen jüdische Schriften

„[...] dass man den Juden das Geleit und Straße ganz und gar aufhebe. Denn sie haben nichts auf dem Lande zu schaffen, weil sie nicht Herr noch Amtleute noch Händler oder desgleichen sind. Sie sollen daheim bleiben.“

Ausgangssperren, Verbote für Juden bestimmte Orte zu betreten

„[...] dass man nehme ihnen alle Barschaft und Kleinod an Silber und Gold und lege es beiseite zum Verwahren. Und ist dies die Ursache, alles was sie haben, haben sie uns gestohlen und geraubt durch ihren Wucher.“

Enteignung, Zwangsarisierung

„[...] dass man den jungen starken Juden und Jüdinnen in die Hand gebe Flegel, Axt, Karst, Spaten, Rocken, Spindel und lasse sie ihr Brot verdienen im Schweiß der Nasen [...] Man müsste ihnen das faule Schelmenbein aus dem Rücken vertreiben.“

Zwangsarbeit in deutschen Betrieben und Konzentrationslagern

Der Philosoph Karl Jaspers stellt 1962 fest: „Luthers Ratschläge gegen die Juden hat Hitler genau ausgeführt.“ Adolf Hitler selbst rechtfertigt sich in einem Gespräch mit Bischof Berning von Osnabrück am 26. April 1933 damit, dass er „gegen die Juden nichts anderes tue als das, was die Kirche in 1.500 Jahren gegen sie getan habe“.

Im Mittelalter kam die Behauptung auf, die Juden seien „Brunnenvergifter“. Dieses Motiv hat heute die anti-israelische Propaganda aufgegriffen. Dieses Beispiel zeigt, wie alte antisemitische Motive auf Israel angewandt werden und nicht von Israel verursacht werden. Während der Aufklärung wurden christliche Motive in antijüdische umgewandelt und auf eine vermeintlich „wissenschaftliche“ Ebene gestellt. In dem Rahmen wurden die Juden zu einer Rasse erklärt, die der arischen Rasse unterlegen war. Während im Mittelalter ein Jude noch sein Leben retten konnte, indem er sich taufen ließ, gab es unter den Nazis kein Entrinnen mehr, nicht einmal für getaufte Juden. Als „Ungeziefer“ wurden Juden vergast. Symbolisch steht Auschwitz dafür.

Viele Motive des modernen Antisemitismus wurden in den „Protokollen der Weisen von Zion“ festgelegt, ein übles antijüdisches Pamphlet, das vom zaristischen Geheimdienst verfasst wurde. Es waren arabische Christen, die 1869 erstmals die nachweislich gefälschte antisemitische Schmähchrift ins Arabische übersetzten. So wurden Muslime auf das Bild des Juden als Freimaurer, Großkapitalist, Kommunist, Umstürzler und Verschwörer mit dem Ziel der Weltherrschaft eingeschworen.

Im Koran werden die Juden als Affen und Schweine bezeichnet, die es zu töten gilt, da der „jüngste Tag“ für Muslime erst kommen wird, wenn die Juden „besiegt“ sind. Haj Amin el-Husseini, Großmufti von Jerusalem, war während des Zweiten Weltkrieges der bedeutendste Kollaborateur der Nationalsozialisten auf arabischer Seite und zugleich ein bedingungsloser Antisemit und Rassist. In seiner Person zeigte sich exemplarisch, welche Rolle der Judenhass im Projekt der deutsch-arabischen Verständigung einnahm. Er spielte eine entscheidende Rolle bei der Ausbreitung des modernen Antisemitismus im arabischen Raum und der Zusammenarbeit von islamistischen Antisemiten mit den Nationalsozialisten.

Husseini war überzeugter Befürworter der Vernichtung der europäischen Juden im Deutschen Reich. Er knüpfte Kontakte zu den Nationalsozialisten, gewann die Unterstützung durch deutsche Führungskreise. Er lebte ab 1941 in Berlin. Al-Husseini war Mitglied der SS und betrieb Propaganda für Deutschland in arabischer Sprache. In der Spätphase des Zweiten Weltkrieges half Al-Husseini auf dem Balkan bei der Mobilisierung von Moslems für seine eigene islamische Waffen-SS-Brigade „Handschar“. Diese schlachtete Juden und christliche Serben in dem von den Nazis besetzten damaligen Jugoslawien ab und beging fürchterliche Verbrechen an der Zivilbevölkerung. Die Erinnerung daran war letztendlich der Grund für die exzessive Gewalt der Serben gegen die bosnischen Muslime im Balkankrieg von 1991. Die „Protokolle der Weisen von Zion“ und Hitlers „Mein Kampf“ sind bis heute Bestseller in der arabischen Welt und prägen den Hass auf Israel.

Völkerrechtlich illegale Siedlungen?

1967, als Israel die heutigen „besetzten Gebiete“ eroberte, wurde der jüdische Staat – damals nur mit drei Millionen Einwohnern – mit der Notwendigkeit konfrontiert, eine große feindselig eingestellte arabische Bevölkerung zu kontrollieren. Wegen der Weigerung der arabischen Staaten, mit Israel zu verhandeln, bestand auch keine Möglichkeit, diese Gebiete mitsamt den arabischen Bewohnern wieder loszuschlagen. Allein mit Militär konnte Israel diese Gebiete nicht halten. So kam die Idee auf, mit zivilen „Siedlungen“ das Gebiet zu kontrollieren. Hinzu kamen bei religiösen Juden messianische Ideen auf, da viele biblische Stätten im Westjordanland liegen.

Für die Palästinenser waren die neuen israelischen Nachbarn zunehmend ein Dorn im Auge, vor allem seit dem Bestreben, in diesen Gebieten einen eigenen Staat ohne die „Feinde“ zu errichten. Mangels Verhandlungen und Chancen auf Frieden wurden immer mehr Siedlungen errichtet, während die Palästinenser sich immer mehr in die Ecke gedrängt fühlten. In jedem Fall kann man wohl sagen, dass die Siedlungen ein politisches Hindernis für einen Frieden sind. Doch sie für „illegal“ zu erklären, ist problematisch, weil das Verhandlungen und Kompromisse von vornherein ausschließt. Seit Barack Obama in einer Rede in Kairo die Siedlungen

Mythen und Fakten

für illegal erklärt hatte, was neu war, verweigern die Palästinenser jegliche Verhandlungen mit dem Argument, dass es nun die Aufgabe der Amerikaner sei, einen „illegalen Zustand“ abzuschaffen.

Was ist Zionismus?

Zionismus ist die jüdische Nationalbewegung und ist Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden. Der Zionismus hat 1948 mit der Gründung des Staates Israel sein Ziel erreicht und hat sich damit als politische Bewegung erübrigt. Obgleich der Staat Israel ein vollgültiges UNO-Mitglied ist, wird seine Existenz als „jüdischer Staat“ oder als „Staat des jüdischen Volkes“ ideologisch und sogar physisch immer wieder in Frage gestellt, von Palästinensern, Islamisten und am lautesten vom Iran. Aber auch von linken wie rechten Europäern.

Wer heute, wie der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad, verkündet, das „zionistische Regime“ auslöschen zu wollen, meint in Wirklichkeit den Staat Israel. Denn das „zionistische Regime“ ist die von der Mehrheit der Bevölkerung demokratisch gewählte Regierung Israels. Als „Zionist“ bezeichnen sich Juden im Ausland, die behaupten, an der Seite Israels zu stehen, ungeachtet, wer gerade in Israel regiert. Vergleichbar ist das mit deutschen Schriftstellern im Exil während der Nazizeit, die sich weiterhin zu „Deutschland“ hingezogen fühlten, aber Hitler ablehnten. Wer heute „die Zionisten“ kritisiert oder von einer „zionistischen Ideologie“ redet, meint bei genauem Hinschauen wohl eher die Politik der einen oder anderen Partei in Israel.

Und wie in jeder Demokratie gibt es in Israel linke, rechte, liberale und sonstige Parteien. Jede hat ihre politische Ausrichtung und will natürlich das „Wohl des Staates“. Aber wie in Deutschland, wo es CDU und SPD, FDP und Die Linke gibt, neben NPD und Kommunisten, hat jeder eine andere Vorstellung vom „richtigen Weg“. Dabei sind alle Parteien durchaus „deutsch“, so wie im Prinzip alle Parteien in Israel „zionistisch“ oder „israelisch“ sind.

Wie sieht ein Jude aus?

Eine ältere Dame reiste zwei Wochen lang durch Israel. Am Ende in Jerusalem angekommen, stellte sie die erstaunte Frage: „Ich hatte immer geglaubt, Israel wäre ein jüdischer Staat. Wie kommt es, dass ich erst in Jerusalem die ersten Juden gesehen habe?“ Eine gute und aufrichtige Frage. Wer „die Juden“ nur aus der Literatur kennt, könnte leicht zum Schluss kommen, dass jeder Jude eine krumme Adlernase hat, schwülstige Lippen, Seitenlöckchen und einen großen schwarzen Hut auf dem Kopf trägt.

Dieses Klischee eines „typischen Juden“ wird bis heute in antisemitischen und in arabischen Karikaturen verbreitet. Auch in vielen europäischen Zeitungen wählen Bildredakteure reflexartig Fotos von ultraorthodoxen Juden aus, wenn sie Artikel zum Thema Israel illustrieren müssen. Dabei setzen sie auf den sogenannten Wiedererkennungseffekt. Gleichwohl stellen die wie im Polen des 19. Jahrhunderts gekleideten „Ostjuden“ nur eine Minderheit der Bevölkerung Israels. Die meisten Israelis sind nicht fromm und „ganz normal“ wie andere Europäer gekleidet. Da jüdische Israelis aus 115 Ländern eingewandert sind, gibt es blonde, braune und schwarze Israelis. Manche sehen wie Schweden aus und andere wie Schwarzafrikaner.

Israel ist ein künstlicher Staat und hat deshalb keine Existenzberechtigung

Erst mal ein Blick auf die arabischen Staaten:

Land	Gründungsjahr, bzw. Erlangung der Unabhängigkeit
Kuwait	1961
Ägypten	1922
(Trans-)Jordanien	1923 / 1946
Libanon	1926 / 1943
Irak	1932
Syrien	1946
Saudi-Arabien	1932
Israel	1948

Syrien

Syrien entstand nach dem Ersten Weltkrieg auf dem ehemaligen Gebiet des osmanischen (türkischen) Reiches und wurde französisches Mandat (wie „Palästina“ britisches Mandatsgebiet wurde). Die Grenzen handelten Franzosen und Briten aus, wobei es um Öl und andere Interessen ging. Syrien erhielt von den Franzosen seine Unabhängigkeit am 17. April 1946, zwei Jahre vor Israel. Die mit dem Lineal auf der Landkarte gezogenen Grenzen zu Irak und Jordanien sind ein Hinweis dafür, dass Syrien kein natürlich gewachsener Staat ist. Unter den rund 22 Millionen Syrern leben gemäß der Religionszugehörigkeit 74% Sunnis, darunter Araber, Kurden, Tscherkessen und Turkmenen, 12% Alewiten und Schiiten (hauptsächlich Araber), 10% Christen (Araber, Assyrer und Armenier) sowie 3% Drusen. 87% der Syrer sind also Moslems. Araber sind in der Mehrheit.

Libanon

Libanon war wie Syrien und andere Länder in der Region 400 Jahre lang Teil des Osmanischen Reiches. 1920 wurde Libanons Territorium Teil des arabischen Königreichs Syrien. Am 1. September 1920 etablierte Frankreich „Groß-Lebanon“ und am 1. September 1926 gründete Frankreich dann die Republik Libanon. Im Jahr 1943 erklärte Libanon seine Unabhängigkeit. Erst 1946 zogen die letzten französischen Truppen ab, zwei Jahre vor der Gründung Israels.

Jordanien

Das moderne Jordanien wurde 1921 auf dem östlichen Teil des britischen Mandatsgebiet Palästina gegründet, als britische Schenkung an den aus Mekka vertriebenen Emir und späteren haschemitischen König Abdullah I. Doch erst 1946 wurde Jordanien zum souveränen unabhängigen Staat. Zwei Jahre später, während des Unabhängigkeitskrieges Israels, eroberte Jordanien das Westjordanland und Ostjerusalem. Die Jordanier vertrieben sämtliche Juden aus ihrem Gebiet und sprengten das alte jüdische Viertel nahe der Klagemauer in der Altstadt Jerusalems.

Ägypten

Die chaotische moderne Geschichte Ägyptens begann 1798 mit der Invasion Napoleons. Es folgte Anarchie unter türkischen Osmanen, Mameluken und Briten sowie Albanern. Der albanische

Mythen und Fakten

Kommandeur Mohammad Ali wurde 1805 vom Sultan in Istanbul als Herrscher Ägyptens anerkannt. Ab 1882 wurde das Gebiet zu einem britischen Protektorat. Erst mit der Revolution von 1952 gelangten jene Militärs an die Macht, darunter Gamal Abdul Nasser. Die unnatürlichen geraden Grenzen Ägyptens zu Palästina, Sudan und Libyen hat 1920 mit einem Lineal auf den Landkarten ein gewisser britischer Colonel namens Winston Churchill gezogen, die Unabhängigkeitserklärung Ägyptens erfolgte 1922.

Irak

Die Grenzen des modernen Irak wurden 1920 im Rahmen der Verträge von Sèvres nach dem Zusammenbruch des türkisch-osmanischen Reiches gezogen, wobei die Mandatsmächte Frankreich und Großbritannien die Grenzziehung aushandelten. Irak wurde wie Palästina zum britischen Mandatsgebiet. Die Briten gewährten dem Irak 1932 die Unabhängigkeit. Im Irak wurden drei Bevölkerungsgruppen, Schiiten, Sunniten und im ölreichen Norden die Kurden, in einen Staat gezwungen.

Israel

Das Gebiet von Palästina, heute Israel, war 400 Jahre lang Teil des türkisch-osmanischen Reiches und wurde 1917 von den Briten „befreit“. Die Briten wurden Mandatsmacht, mit dem Auftrag, in Palästina eine „nationale jüdische Heimstätte“ zu errichten. Ab 1929 kam es zu blutigen Aufständen, angeführt vom muslimischen Mufti von Jerusalem, Hadsch Amin el Hussein, der später mit Hitler kooperierte. 1947 verabschiedete die UNO den „Teilungsbeschluss“, der die Errichtung eines jüdischen und eines arabischen Staates vorsah. Die Araber lehnten ab und führten 1948 nach dem Abzug der Briten und der Ausrufung des jüdischen Staates Israel auf der Grundlage jenes UNO-Beschlusses einen Krieg gegen diese UNO-Resolution.

Schlussfolgerung

Sämtliche arabische Staaten, inklusive Libyen, Algerien, Tunesien, Marokko, Saudi-Arabien, Kuwait und weitere, sind willkürliche Produkte von Kolonialmächten wie Frankreich und Großbritannien. Ihre Grenzen wurden mit dem Lineal auf den Landkarten gezogen, ohne Rücksicht auf die Topografie, die Völker und deren Geschichte.

Manche Völker, wie die Kurden, wurden auf mehrere Staaten verteilt: Syrien, Türkei, Irak und Iran. Der Irak zerbrach letztlich in drei Teile. In Libyen bekämpfen sich Stammesverbände, die seit Ewigkeiten verfeindet sind und nur dank der brutalen Diktatur des inzwischen gestürzten Muammar al-Gaddafi friedlich zusammenlebten. Wie im europäischen Jugoslawien lebten die Feindseligkeiten wieder auf, sowie die Zentralgewalt verschwunden war. Der Libanon zerfleischte sich jahrelang in einem Bürgerkrieg.

Die Machtkämpfe in Syrien haben einen ähnlichen Hintergrund. Teilweise uralte Völker in dieser Region wie die Berber in Marokko, die Kurden, die Assyrer in Syrien mussten sich anderen Völkern unterordnen, obgleich sie eine eigene Kultur, Sprache, Religion und Identität haben. Es gibt wohl keine klare Regel, wie ein Staat zu entstehen hat. Manche Staaten haben eine lange Geschichte, andere entstanden aufgrund historischer Zufälle wie Indien und Pakistan.

Doch kaum ein anderer Staat neben Israel entstand aufgrund von so vielen Beschlüssen der Völkergemeinschaft. Grundsätzlich gilt,

was Bundesaußenminister a.D. Joschka Fischer einmal in Jerusalem gesagt hat: „Jeder von der UNO anerkannte Staat ist legitim.“ Deshalb erübrige sich die ganze Diskussion um Legitimität Israels und ob es ein „künstlicher Staat“ sei.

Das Bildungssystem des Judentums

Autor: Prof. Ernst Smole, Leiter der J. Brahms Musikschule der Stadtgemeinde Mürzzuschlag

Die zentrale Ursache für die herausragenden Geistesleistungen des Judentums ist im Bildungssystem zu suchen. Es entspricht allen Kriterien, die die moderne Lernwissenschaft formuliert. Natürlich „verzweckt“ das Judentum die (frühe) Bildung – sie dient primär der Ausübung von Religion. Verzweckung von Bildung ist heute Kontra-Mainstream, was grundsätzlich zu hinterfragen ist. Wir besitzen unsere Intelligenz auch dazu, um einzuschätzen, ob eine „Verzweckung“ positive oder negative Folgen zeitigen wird.

Aspekte

1. So wie alle jüdischen Lebensbereiche ist auch die angeblich „chaotische Judenschul“ negativ konnotiert worden – und zwar aus folgenden Gründen: Begriffliche Missverständnisse. Da die Synagoge auch ein Ort des Lernens ist, trägt sie (auch) die Bezeichnung „Schul“ – diese Begrifflichkeit ist außerhalb des Judentums wenig bewusst. Die Schule der (Klein-)Kinder ist der Cheder, jene der gehobenen (religiösen) Bildung die Jeschiwa. Das Judentum hat erkannt, wie wichtig der Wechsel von Konzentration im Unterricht und ungehinderter Bewegung in den Pausen für die nachhaltige Aneignung des Gelernten ist. Daher sollen und dürfen jüdische Schulkinder in den Pausen lärmen und „umhertollen“, was in den preußisch-mariatheresianischen Schulsystemen bis heute verpönt ist. Wie in der Synagoge ist es auch in der Schule üblich, bei lautem Lesen nicht gemeinsam, sondern im individuellen Tempo zu rezitieren. Dadurch entsteht der Eindruck eines Chaos. Vom lernpsychologischen Standpunkt aus ist dies eine wichtige Übung zur Konzentration und Flexibilität.
2. Die mit drei oder vier Jahren einsetzende Schulpflicht vermeidet das übliche Abflachen der Lernfähigkeitskurve nach dem Erwerb der Muttersprache, die bei einer später einsetzenden Schulbildung die Regel ist. Dies bedeutet für jüdische Kinder einen erheblichen Vorsprung.
3. Lernen wird mit einer emotional-spirituellen Verknüpfung versehen.
4. Zum Zeitpunkt des Einsetzens der frühen Bildung nehmen die Eltern (noch) Anteil am Alltag der kleinen Kinder – so auch an der Frühbildung. Dies wird symbolisiert und verstärkt durch die „rituelle Tradition“, dass Schulanfänger durch den Vater in den Cheder (die Schule) getragen werden.
5. Wenn die frühe Pflichtbildung auch nur für Knaben galt, so ging sie – nicht zuletzt aufgrund der beengten Wohnverhältnisse der Juden im Shtetl – auch an den Mädchen nicht spurlos vorüber.
6. Der (frühe) Umgang mit der hebräischen Sprache schult alle Segmente, die der Aneignung von Bildung und Wissen dienen. Das Nebeneinander von reiner Konsonantenschrift, masoretischer, die Vokale bezeichnender Schrift, Mischformen sowie das Nebeneinander von Quadratschrift und Schreibschrift sowie eine Vielzahl

Mythen und Fakten

von Kombinationen all dieser Aspekte schult die Flexibilität. Dass man aus dem Sinnzusammenhang heraus klären muss, ob „KLR“ nun Killer, Koller oder Keller heißt, ist eine bedeutende Intelligenz- und Kreativitätsschule.

7. Der nur formal „arbeitsfreie“ Sabbat ist für die jüdische Bildung in zweierlei Hinsicht wichtig: Der Synagogenbesuch ist die wöchentliche Gelegenheit zur praktischen (passiv/aktiven) Anwendung des im Cheder Gelernten. Der „arbeitsfreie/business-freie“ Sabbat ist der wöchentliche „Nachdenk-, Reflexions- und Kreativitätstag“.

8. Vermutlich im Spätmittelalter entstand die Tradition, für die Kinder im Cheder Buchstaben in Backformen herzustellen, die die Kinder dann – nach erfolgreichem Erlernen – mit Honig bestreichen und verzehren durften. Dies entspricht der modernen Strategie der Wissensaneignung mit möglichst allen Sinnen und vor allem auch den Erkenntnissen der modernen Motivationspsychologie.

9. Das jüdische Bildungssystem weist keine „Erbsünde“ auf wie das deutsche und österreichische. Jene des deutschen Bildungssystems ist die Vereinnahmung durch christliche Kirchen im Interesse von Gehorsam und Machtausübung. In Österreich sind es die militärischen Wurzeln: Die von Habsburg verlorenen drei preußischen Kriege schufen das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Bildung auch für „kleine Leute“: Im Gegensatz zu den Preußen (dort war die Schulpflicht bereits im ersten Viertel des 18. Jh. eingeführt worden) waren die österreichischen Soldaten nicht dazu fähig, Kanonenkugeln korrekt abzuzählen. Die militärischen Wurzeln behindern die Entwicklung des Bildungssystems in Österreich bis zum heutigen Tag. Im Judentum dagegen dient Bildung primär dem selbstständigen Umgang mit heiligen Texten und ist damit ein Beitrag zu Individualität und Kreativität.

10. In der Kairoer Genisa wurden auch knapp 1000 Jahre alte Lernbehelfe aufgefunden, die in ihrer Modernität geradezu gespenstisch erscheinen. So etwa Lernhefte, in denen mehrere Zentimeter große Buchstaben gedruckt sind, die von den Schülern angemalt wurden.

11. Die Traditionen des „Lernen durch Lehren“ und „Gemeinsames Lernen“ bestehen im Judentum seit Jahrtausenden – und gelten doch als „neue Erkenntnisse der Erziehungswissenschaft“. Der Philosoph Moses Maimonides (ca. 1136-1204) fasste diese hochmodernen und antiautoritären Vermittlungs- und Aneignungsstrategien in folgende Worte: „Viel habe ich von meinen Lehrern gelernt, doch am meisten lernte ich von meinen Schülern.“ Diese Haltung dekonstruiert den Lehrer als Inhaber des Wissensmonopols und ist daher für christlich und militärisch geprägte Schulsysteme „ungeeignet“.

12. Früher mussten künftige Lehrer in ihrer Ausbildung üben, mit freier Hand (d.h. ohne Lineal) lange schnurgerade Linien zu ziehen. Dies diente der Aneignung von Zeichentechniken, aber auch der Festigung der Konzentration. Ähnliches findet man beim korrekten Umgang mit der Quadratschrift. Wörter darf man nicht abtrennen, doch jede Zeile muss bis zum Ende gefüllt werden. So müssen Horizontallinien einzelner Buchstaben in möglichst gerader Linie gedehnt werden. Dies schult auch die optische Dispositionsfähigkeit: Welche Buchstaben dehne ich wie, damit ein korrektes und auch ästhetisch ansprechendes Schriftbild entsteht.

Gibt es jüdischen Antisemitismus, jüdische Judenfeindlichkeit?

„Oh G'tt, warum hast du gerade uns und nicht ein anderes Volks auserwählt!“ Dieser Stoßseufzer aus dem Munde bedrängter Juden ist nahezu so alt wie das Judentum und war in Zeiten höchster Bedrängnis nicht selten zu hören. Dem Judentum anzugehören, kam oftmals einem Todesurteil gleich – dies nicht nur zur Zeit des nationalsozialistischen Hitlerregimes. In Spanien und in Portugal des ausgehenden 15. Jahrhunderts wurden die Juden vor die Wahl gestellt, zum Christentum überzutreten, auszuwandern oder ermordet zu werden. Viele jüdische Märtyrer, die sich ihrem Glauben unlösbar verbunden fühlten oder aus Armut das Land nicht verlassen konnten, wählten den Tod, viele wanderten aus, nicht wenige traten zum Christentum über. Dies in den meisten Fällen, um das eigene und das Leben der Angehörigen zu retten, manchmal aber auch aus Überzeugung: Im 15. Jahrhundert wurde das Christentum oft noch als das Gesehene, was es historisch auch tatsächlich ist, nämlich eine von vielen jüdischen Glaubensrichtungen.

Hatten jene Juden, die zum Christentum übergetreten waren, nun tatsächlich ihr Leben gerettet? Nein – das berüchtigte Judengericht, die „Judeninquisition“, beschuldigte zum Christentum übergetretene Juden, dies nur zum Schein und nicht mit dem „Herzen“ getan zu haben. Angeklagte, die dies bestritten, wurden am Scheiterhaufen hingerichtet. Geständige wurden „begnadigt“, indem sie zuvor erwürgt und dann verbrannt wurden. Die aus Spanien und Portugal in die gesamte damalige Welt – inklusive in die eben von Christoph Kolumbus entdeckten amerikanischen Ländereien – auswanderten, berichteten über die schrecklichen Geschehnisse in ihrer Heimat. Dieses Trauma ist bis heute tief in der jüdischen Erinnerung verankert.

Da nicht einmal der Übertritt zum Christentum das Überleben garantierte, traten im 16. Jahrhundert zum Christentum konvertierte jüdische Theologen auf, die das Judentum auf unterschiedliche Weise schlechtredeten und die nachweislich falschen christlichen Vorurteile als zutreffend zu bestätigen suchten. Sie wurden von jüdischen Theologen, aber auch von verantwortungsvollen christlichen Würdenträgern in die Schranken gewiesen. So ist das „aus Überlebensgründen nicht dem Judentum angehören zu wollen“ und es schlechtzureden, sich von ihm zu distanzieren, eine bedeutende Quelle des jüdischen Antisemitismus, des jüdischen Selbsthasses.

Jüdischer Antisemitismus ist also ein klassisches Phänomen, von Theodor Lessing in dem Buch „Der jüdische Selbsthass“ beschrieben. Das Judentum kennzeichnet seit jeher nicht nur eine große Gelehrsamkeit, zumal jeder jüdische Knabe an seinem 13. Geburtstag vor der versammelten Gemeinde aus der Bibel auf Hebräisch vorlesen musste. Während bei den Christen im Mittelalter nur Mönche lesen und schreiben konnten, war Analphabetismus bei Juden seit jeher praktisch ausgeschlossen. Zudem war jedem frommen Juden das Talmudstudium vorgeschrieben. Dabei wurden die Religionsgesetze diskutiert, indem zwei entgegengesetzte Thesen so lange diskutiert wurden, bis man sich auf einen Kompromiss einigte. Zum Wesen des Judentums gehört also dialektisches Denken, Kritik und der Grundsatz, alles hinterfragen zu dürfen. So sollte es nicht verwundern, dass die heftigsten Kritiker des Judentums, aber auch Israels, aus dem Judentum selbst kommen.

Mythen und Fakten

Eigentlich ist das ein gängiges Phänomen. Die heftigsten Kritiker Deutschlands findet man nicht in Swasiland, sondern in Deutschland selbst. Problematisch ist dabei ein ganz anderes Phänomen, denn Juden oder Israelis können die besonders giftigen und notorischen Kritiker aus ihren Reihen einordnen. Mosche Zuckermann, Uri Avnery und andere gelten in Israel als „linksextrem“. Der Staat Israel verweigerte Noam Chomsky und Norman Finkelstein sogar die Einreise. Doch in Deutschland werden die hier genannten Personen und andere fast täglich als „authentische Stimme Israels“ in den Medien interviewt. Dabei gilt, dass diese Kritiker das aussprechen, was ihre deutschen Interviewer wohl am liebsten sagen würden, aber es nicht wagen, weil angeblich „Israelkritik ein Tabu“ ist.

Und wenn regelmäßig betont wird, dass sie oder beispielsweise „die Tochter“ Evelyn Heinz-Galinsky, Rolf Verleger oder Felicia Langer „Juden“ seien, wird angedeutet, dass deren teilweise antisemitische Kritik doch stimmen müsse, weil sie Juden sind. Für diese Rolle gibt es sogar einen Fachbegriff: den „Alibi-Juden“. Die verantwortlichen Redakteure wissen genau, was sie da tun, nämlich einseitige Propaganda zu bieten anstelle einer „ausgewogenen“ oder auch neutralen Berichterstattung. Das nennt sich auch Meinungsmache.

Ohne vergleichen zu wollen, wäre das so, als würden die amerikanischen oder französischen Medien tagein tagaus regelmäßig Horst Mahler oder andere bekannte extremistische Deutsche von links oder rechts befragen, wenn sie die Stimmung in Deutschland darstellen wollen.

Welche Rolle hatten die Juden im Nahen Osten, bevor Israel gegründet wurde?

Vor der Gründung Israels spielten die Juden im Nahen Osten keine entscheidende oder mitbestimmende Rolle. Theodor Herzl, der Begründer des Zionismus, versuchte beim Papst, bei Kaiser Wilhelm II. und beim Sultan in Istanbul, gute Stimmung für die Errichtung eines jüdischen Staates zu machen, ohne Erfolg. Etwa eine Million Juden lebte als geächtete religiöse Minderheit in den arabischen Staaten von Marokko bis Irak. Zwar gab es in Marokko zum Beispiel auch jüdische Minister oder Königsberater, doch der Einfluss der Juden war letztlich gering, außer in der Wirtschaft einiger dieser Länder, besonders im Irak.

Die große Gemeinde in Irak existierte seit dem „babylonischen Exil“ 2.500 Jahre lang. Die jemenitischen Gemeinden wurden möglicherweise schon zur Zeit des Königs Salomon gegründet. Gemeinden in Tunesien, Syrien und anderen Ländern sind nachweislich 2.000 Jahre alt oder schon in der Bibel erwähnt, also noch viel älter. In der Zeit ab dem Teilungsbeschluss 1947, der Gründung Israels 1948 und in den Jahren danach wurden diese Juden vertrieben. Von über einer Million Juden gelangten etwa 800.000 völlig mittellos in den frisch gegründeten Staat Israel, denn sie mussten ihren gesamten Besitz im Milliardenwert zurücklassen.

Die nachfolgende Statistik beleuchtet die Zahl der Juden in arabischen und islamischen Staaten.

Land	1948	heute
Aden	8.000	0
Algerien	140.000	0
Afghanistan	5.000	2
Äthiopien	23.700	100
Bahrein	600	50
Ägypten	80.000	100
Irak	140.000	13
Iran	100.000	12.500
Libanon	20.000	20-40
Libyen	38.000	0
Marokko	265.000	3.000
Jordanien	10.000	0
Pakistan	2.000	200
Sudan	350	0
Syrien	30.000	100
Tunesien	105.000	1.000
Jemen	55.000	130

PS: Wegen der turbulenten Ereignisse der letzten Zeit im arabischen Raum handelt es sich um Schätzzahlen.

Es bedarf wohl keiner weiteren Erklärung, dass in der arabischen Welt eine „ethnische Säuberung“ stattgefunden hat. In der palästinensischen Propaganda wird jedoch allein Israel vorgeworfen, eine „ethnische Säuberung“ vorgenommen zu haben, was deshalb absurd ist, weil in Israel nach dem Unabhängigkeitskrieg immer noch etwa 156.000 Araber zurückgeblieben sind, während manche arabische oder muslimische Staaten damals schon sämtliche Juden vertrieben hatten, also „judenrein“ geworden waren.

Israel

Jahr	Juden	Araber
1941	474,102	1,111,398
1950	1,203,000	1,172,100
2005	5,275,700	5,139,100

Wenn im ganzen Land zwischen 1941 und 1950 die Zahl der Araber nur um 30.000 zugenommen hat, ist klar, dass die meisten Palästinenser im Land geblieben, also aus dem Kerngebiet Israels nach Gaza oder ins Westjordanland geflohen sind.

Mythen und Fakten

Israel heute

Insgesamt 1948	Juden	Araber
806.000	646.000	160.000
Insgesamt heute		
7.881.000	5.931.000	1.623.000

Beide Bevölkerungsteile, Juden wie Araber, haben sich seit 1948 ungefähr verzehnfacht. Die Juden dank Einwanderung, darunter 800.000 Juden aus arabischen Staaten und eine Million Juden 1990 aus der ehemaligen Sowjetunion. Die Araber haben sich allein durch natürliche Vermehrung mehr als verzehnfacht.

Land/Gebiet	1948	2001
Westjordanland	380.000	652.855
Gaza (Stadt)	190.000	766.124
Libanon	100.000	408.008
Syrien	75.000	444.921
Jordanien	70.000	1.741.796
Irak	4.000	74.284
Ägypten	7.000	40.468
Gesamt	826.000	4.128.456

Eine israelische Statistik zu den palästinensischen Flüchtlingen. Gemäß Winston Churchills Prinzip „Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast!“ ist hier anzumerken, dass die Ergebnisse der Volkszählungen der Osmanen (1893) und der Briten (1942) als höchst unzuverlässig gelten. Schätzungen sowohl jüdischer wie arabischer Experten ergaben Abweichungen von Hunderttausenden Menschen.

Deshalb wollen wir hier nur in ganz groben Zügen die Bevölkerungsentwicklung aufzeichnen, ohne genaue Zahlen zu liefern. Um 1890 lebten im ganzen Land, dem späteren Israel, zwischen 200.000 und 400.000 Menschen. Davon waren zwischen 7.000 und 80.000 Juden. Die Juden vermehrten sich durch Einwanderungswellen vor allem aus Europa, während eine unbekannte Zahl von Arabern aus Hungersgebieten zuwanderten oder weil das unter den Briten und Juden wirtschaftlich aufblühende Land gute Arbeitsplätze lieferte.

Eine Zäsur gab es 1948 infolge der Gründung Israels und des Unabhängigkeitskrieges. Doch die ist aus den Statistiken kaum erkennbar, wenn man weiterhin die Bevölkerung in Israel und in Gaza/Westjordanland mitzählt, da die meisten der geschätzten 750.000 arabischen Flüchtlinge „Palästina“ gar nicht verlassen hatten. 1948 wurden im Kerngebiet Israels 156.000 verbliebene Araber und etwa 600.000 Juden gezählt. Heute machen die rund 1,5 Millionen Araber rund 20% der Bevölkerung aus. In Israel leben heute etwa sechs Millionen Juden.

Ist Bethlehem völlig ummauert?

Regelmäßig zu Weihnachten beklagen christliche Kirchenfürsten und Berichterstatter, dass Bethlehem „völlig ummauert“ sei. Die Christen der Geburtsstadt Jesu seien in einem „Getto“ eingesperrt. Die meisten behaupten das wider besseren Wissens oder weil sie sich nicht die Mühe gemacht haben, derartige propagandistische Aussagen wenigstens einmal geprüft zu haben. Mit Google Earth ist das heutzutage sogar vom heimischen PC aus möglich.

Tatsache ist, dass die „Mauer“ lediglich über 1,3 Kilometer weit zwischen Bethlehem und Jerusalem trennt. Von Bethlehem aus wurde Jerusalem im Herbst 2000 heftig beschossen, weshalb die Mauer dort als Sichtblende gegen Scharfschützen dient. Nach Süden, Osten und Westen ist Bethlehem offen, sogar ohne Straßensperren, die innerhalb des Westjordanlandes weitgehend wieder abgebaut worden sind. Die Israelis kontrollieren nur Palästinenser, die nach Israel einreisen wollen.

Werden Christen in den palästinensischen Gebieten respektiert?

Die palästinensischen Christen, vor allem Bethlehems, verlassen die Stadt „wegen der israelischen Besatzung“ und machen deshalb nur noch 20% der Einwohner aus, während Bethlehem bis 1948 zu fast 98% christlich war. Tatsache ist, dass der christliche Bewohneranteil etwa auf die Hälfte sank, als 1948 Tausende muslimische Flüchtlinge in und bei Bethlehem in Flüchtlingslagern untergebracht wurden. Viele Christen verließen die Stadt noch unter der jordanischen Herrschaft in Richtung Südamerika. Sie zogen aus wirtschaftlichen Gründen weg.

Auch heute, nach Ende der israelischen Besatzung, unter palästinensischer Selbstverwaltung, fühlen sich die Christen bedrängt. Symbolisch für das Verhältnis der palästinensischen Regierung steht die Ankunft Arafats am Tag vor Weihnachten 1994. Da wurden erstmals in der Geschichte, seit fast 2.000 Jahren, Nationalflaggen auf und an der Geburtskirche gehisst. Ebenso setzten die Moslems ein Modell des Jerusalemer Felsdoms, also das Symbol des Islam, auf das Dach der Geburtskirche. Später wurden die Weihnachtsprozessionen für politische Demonstrationen missbraucht und sogar ein Bild Arafats über dem Eingang der Geburtskirche aufgehängt. Andererseits wurde den Kopten genehmigt, in Ramallah eine neue Kirche zu errichten, während in vielen arabischen Ländern wie Saudi-Arabien Christen nicht einmal Gottesdienste abhalten dürfen und die koptische Minderheit in Ägypten teilweise blutig verfolgt wird.

2005 stellte man die vorliegenden Zahlen für die Region Bethlehem zusammen. Der evangelisch-lutherische Pfarrer Mitri Raheb hatte die Gesamteinwohnerzahl mit 184.000 angegeben, die Stadtverwaltung hatte 164.000 Einwohner registriert und der christliche Bürgermeister Victor Batarseh sprach von 28.000 Bürgern seiner Stadt. In deutschen Medien schwankten die Zahlen zwischen 140.000 beim Bayerischen Rundfunk, 130.000 bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 50.000 beim Deutschen Verein vom Heiligen Lande, 38.000 oder 27.000, je nachdem,

» Quellen:
www.israelipalestinian.procon.org/view.resource.php?resourceID=000636
www.unrwa.org/etemplate.php?id=86
[www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/Society & Culture/newpop.html](http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/Society%20&%20Culture/newpop.html)
www.factsofrael.com/en/stats.shtml
www.mideastweb.org/palpop.htm

Mythen und Fakten

welcher Mitarbeiter vom Caritas Baby Hospital interviewt worden war. Beim ZDF waren es 30.000, während die Palästinensische Generaldelegation in Bonn, die offizielle Vertretung der PLO in Deutschland, mit nur 22.000 Einwohnern das Schlusslicht bildete.

Noch abenteuerlicher waren die Angaben zu den in Bethlehem lebenden Christen. Je nach Quelle schwankte das Verhältnis der Christen zu den Muslimen in Bethlehem von 2% (Deutscher Verein vom Heiligen Land), 20% (FAZ), 25% (Ökumenischer Rat der Kirchen), 33% (ZDF, Batarseh), 41 Prozent (Raheb) und über 50 Prozent (Generaldelegation).

Ist Israels Blockade des Gazastreifens illegal?

Laut der Osloer Verträge von 1993 ist Israel verpflichtet, die Außengrenzen des Landes zu kontrollieren, also auch zu den palästinensisch selbstverwalteten Gebieten. Speziell zum Gazastreifen heißt es da in dem völkerrechtlich gültigen Vertrag, dass Israel die Seegrenze (Mittelmeer) des Gazastreifens kontrollieren müsse, um Drogen und Waffenschmuggel zu verhindern. Das änderte sich auch nicht nach dem einseitigen Rückzug Israels 2005, zumal die Palästinenser und die internationale Gemeinschaft darauf bestehen, Israel als „Besitzer“ weiterhin zur Verantwortung zu ziehen.

Wegen Terror und besonders seit dem Putsch der Hamas 2007 hat Israel die Landgrenze hermetisch verriegelt, außer für humanitäre Fälle und Diplomaten. Gleichwohl liefert Israel (sogar während des Gazakrieges 2008) weiterhin Nahrungsmittel, Strom, Wasser und andere Waren in den Gazastreifen. Der große Warenterminal Karni musste nach mehrfachen Terrorattacken aus Sicherheitsgründen geschlossen werden. Die Hamas wollte so die Preise für Waren hochtreiben, die sie durch Schmugglertunnel unter der Grenze zu Ägypten hinweg in den Gazastreifen bringen ließ und hoch besteuerte.



Ulrich W. Sahl, Journalist, lebt in Israel und berichtet von dort für verschiedene deutschsprachige Medien über das Geschehen vor Ort.